PLUTUS

Kritische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Finanzwesen

Nachdruck verboten

Man abonniert beim Buchhandel, bei der Post und | Berlin, den 22. Dezember 1915. | direkt beim Verlage für 4,50 Mk. vierteljährlich.

Valutasorgen.

Die ausgezeichnete Rede, die der deutsche Reichssekretär im Reichstag als Einleitung zur neuesten Kriegskreditforderung hielt, hat in England einen eigentümlichen Widerhall gefunden. Man ist sachlich auf sie zum großen Teil garnicht eingegangen. Man hat anscheinend auch erhebliche Teile seiner sachlichen Darlegungen verschwiegen. Dagegen hat man sich bemüht, wie man das ja auch bisher tat, unsere Anleiheerfolge herabzusetzen. Mit welcher kindlichen Naivität das geschehen ist, dafür gibt eine Stelle aus den Ausführungen der Westminster-Gazette Aufschluß. Das ministerielle Blatt sagt: „Wenn Helfferich uns den Betrag des in Deutschland umlaufenden Papiergeldes und den Totalbetrag des in den Kellern der Reichsbank liegenden Goldschatzes mitteilen will, wären wir bereit, seine Erklärungen ernst zu nehmen. Wenn die ernste Behandlung der Worte Helfferichs allein davon abhängen soll, so kann die Westminster-Gazette damit sofort beginnen. Sie braucht nicht einmal die Ausführungen Helfferichs abzuwarten. Sie hat nur nötig, sich den in allen deutschen Zeitungen veröffentlichten Bericht der deutschen Reichsbank über ihren Ausweis vom 15. Dezember vorzunehmen. Aus ihm kann die Westminster-Gazette ersehen, daß wir in der Reichsbank am genannten Tage einen Goldbestand von 2438 Mill. in barem Golde liegen hatten. Dem standen gegenüber ein Notenumlauf von 6100 Mill. Das bedeutet eine Notendeckung in Gold von rund 40 %. Außerdem hatten bis zum genannten Termin die Darlehnskassen insgesamt 1319 Mill. ℳ Scheine ausgegeben, von denen 274 Mill. ℳ sich nicht im Umlauf, sondern bei der Reichsbank befanden. Unsere Darlehnskassenscheine sind, wie auch in England bekannt sein dürfte, durch gute Effektendarlehen gedeckt. Aber selbst wenn man unseren Goldbestand mit als Deckung für die Darlehnskassen rechnen wollte, so bliebe immerhin das Deckungsverhältnis recht beachtenswert. Es liegt also durchaus keine Veranlassung für Herrn Helfferich vor, wie es die Westminster-Gazette das englische Publikum glauben machen möchte, aus Verdruß oder innerer Beunruhigung gereizt zu sein. Ich habe seine Rede selbst angehört und muß sagen, daß von irgend welcher Gereiztheit in seinen Worten auch nicht eine Spur zu finden war.

Dagegen liegt für die englische Presse alle Veranlassung vor, sich ihrerseits gereizt und beunruhigt zu zeigen. Denn der Schatzsekretär hat zum Schlusse seiner Rede den wundesten Punkt berührt, den es augenblicklich für England gibt, den Stand des Sterling-Kurses. Ich habe hier oft betont, daß es ganz falsch sei, etwa anzunehmen, daß England an der Grenze seiner finanziellen Kraft angelangt sei. England kann — rein theoretisch genommen — aus seinem großen Reichtum noch viele Milliarden an Anleihen aufbringen. Aber viel wichtiger als Englands Anleihekraft ist der Rückgang seines Wechselkurses. Schon die Tatsache an und für sich, daß dieser Kurs unter pari gesunken ist, bedeutet für England mehr als der Verlust einer reichen Kolonie. Denn es bedeutet den Verlust seines Prestiges als Weltbankier. Eine Kolonie kann England wieder erobern, den Verlust seines Bankierkredits wird es niemals wieder gewinnen. Es kommt bei England

nicht darauf an, daß — wie in allen Ländern — der Rückgang der Valuta gewisse allgemeine Erschwerungen des Wirtschaftslebens zur Folge hat. Die könnte England zur Not verschmerzen. Aber alle Völker des Erdballs haben in London große Einlagen in Höhe von vielen Hunderten von Millionen gemacht, in der Hoffnung, daß sie bei Bedarf den vollen Wert ihrer Einlagen zurückerhalten. Ein Rückgang der englischen Wechselkurse bedeutet aber nichts anderes, als daß die Einleger beim englischen Bankstaat an ihren Einlagen einen Verlust in Höhe des Disagios erleiden. Die einsichtigen Elemente in England sind sich ganz klar, daß diese Tatsache zur Folge haben wird, daß nach diesem Kriege England aufgehört hat, der Bankier der Welt zu sein.

Es ist unter diesen Umständen nur zu begreiflich, daß es Englands größte Sorge ist, zu verhindern, daß der Rückgang der englischen Wechselkurse gegenüber der holländischen und amerikanischen Valuta sich nun wenigstens nicht fortsetzt. Und es ist verständlich, wenn ein ernstes Finanzblatt, wie der Londoner Economist, diesem Problem seine besondere Aufmerksamkeit zuteil werden läßt. Freilich genügt auch die ernsteste Aufmerksamkeit nicht, um ein Problem zu lösen, das so gut wie unlösbar erscheint. Vollgültig gelöst könnte das englische Devisenproblem nur dadurch werden, daß England entweder seine Einfuhr einschränkt oder seine Ausfuhr vergrößert. Die Einschränkung seiner Einfuhr ist zurzeit nicht möglich. Schon seine normale Warenhandelsbilanz zeigt, wie der Economist selbst zugeben muß, in den ersten zehn Monaten des Jahres 1915 eine Passivität von durchschnittlich über 600 Mill. für den Monat gegen 250 Mill. in normalen Jahren. In dieser sogenannten normalen Handelsbilanz sind aber die Importe für den Heeresbedarf seitens der Regierung nicht einbegriffen. Bei diesen aber handelt es sich allein um viele hundert Mill., wenn nicht gar schon um Milliarden. Wenn es selbst der englischen Regierung gelänge, die Bevölkerung zur äußersten Sparsamkeit anzuhalten, so würde das ebensowenig nützen wie die vermehrte Herstellung von Kriegsmaterial im eigenen Lande. Denn England ist ganz wesentlich auf die Einfuhr von Nahrungsmitteln und Rohstoffen angewiesen, und es muß ja nicht nur sein eigenes Kriegsmaterial, sondern auch das seiner Bundesgenossen bezahlen. Auf der andern Seite ist es für England ebenso unmöglich, seine Exporte zu erhöhen. Schon jetzt reicht die englische Arbeitskraft nicht aus. Schon wenn es den Export auf der jetzigen Höhe halten will, ist es gezwungen, seine Zusagen erweiterter militärischer Unterstützung an seine Bundesgenossen nicht zu halten. Denn jeder englische Soldat der Front fehlt in den englischen Fabriksälen.

Somit bleibt nur als eine schwache Möglichkeit, wenigstens das weitere Sinken des Wechselkurses zu verhindern, die Vermehrung des Verkaufs fremder Wertpapiere ans Ausland. Es sind neuerdings wieder in England Vorschläge nach dieser Richtung gemacht worden, die dahin zielen, eine staatliche Organisation für die Wertpapierausfuhr zu schaffen. Ebenso wie man in Frankreich an einen solchen Ausweg zu denken scheint. Es bleibt abzuwarten, wie sich derartige Maßnahmen bewähren. Immerhin wird England sie ernstlich in Betracht ziehen müssen, weil es für das britische Reich eine Lebensfrage ist, ob es ihm gelingt, seine Reputation wenigstens nachträglich einigermaßen durch die Regulierung seiner Wechselkurse wiederherzustellen. Ganz anders liegt die Frage meines Erachtens für Deutschland. Auch bei uns beschäftigt man sich neuerdings mit dieser Frage. Die Frankfurter Zeitung hat in diesen Tagen erst Vorschläge gemacht, die letzten Endes eine staatliche Organisation zur Abstoßung des deutschen Besitzes an fremden Wertpapieren bezwecken. Das Blatt schlägt zunächst vor, um die Verkaufslust der Privatbesitzer ausländischer Wertpapiere anzuregen, den Zeitungen wieder die Veröffentlichung der Kurse ausländischer Wertpapiere zu gestatten. Dann soll in Zukunft der Staat den Verkauf solcher Wertpapiere in die Hand nehmen, und endlich wird vorgeschlagen, daß vom Staate die Aufnahme sämtlicher Bestände an ausländischen Wertpapieren verfügt wird.

Ich möchte zunächst die Vorfrage erörtern, od für uns eine Notwendigkeit vorliegt, im Augenblick künstlich den Verkauf unseres Besitzes an ausländischen Wertpapieren zu steigern. Diejenigen, die diese Frage bejahen, gehen von der Auffassung aus, daß ein weiterer Rückgang der deutschen Devisenkurse im Ausland zu unerträglichen Schwierigkeiten führen müsse. Ich bin dieser Auffassung schon einmal entgegengetreten und kann meine Anschauung darüber auch heute nicht ändern. Nach zwei Richtungen hin hat der schlechte Stand der Devisenkurse für uns eine wesentlich andere Bedeutung als für England. Zunächst und vor allem bestehen für uns nicht die gleichen Verpflichtungen wie für England, unsere Devisenkurse stabil zu halten. Wir sind kein Bankierstaat, sondern ein Industriestaat. Im Vertrauen auf unsere Valuta hat uns niemand Einlagen gemacht, und wir haben das Vertrauen niemandes getäuscht. Unsere wirtschaftliche Macht und Ueberlegenheit beruht durchaus nicht etwa wie die Englands auf unserer zentralen Geldmachtsstellung, sondern auf der Güte unserer Fabrikate. Die wird man uns nachher so gut wie vor dem Krieg abnehmen. Und wir würden sie bei verschlechterter Valuta womöglich sogar noch besser verkaufen können als früher. Dann aber kommt noch ein anderer Gesichtspunkt in Betracht. Die

Verschlechterung unserer Wechselkurse erstreckt sich auf unser Verhältnis zu ein paar Ländern, zu denen in normalen Zeiten unsere Handelsbeziehungen im Verhältnis zur Gesamtheit unseres Außenhandels gar keine Rolle spielt. Wie unsere Valuta sich, gemessen an den Hauptdevisen des Welthandelsmarktes, nach der Wiedereröffnung des gesamten internationalen Handelsverkehr stellen wird, vermag heute niemand zu sagen. Jedenfalls im Augenblick gibt es einen reellen Maßstab für unsere Valuta überhaupt nicht. Ganz anders liegen doch die Dinge in England. Der Rückgang der englischen Devisen ist erfolgt im Verhältnis zu den großen Wertmessern, die auch in normalen Zeiten die Wertmesser des englischen Wechselkurses bleiben werden. Er ist erfolgt, während alle Zufahrtsstraßen der englischen Einfuhr und der englischen Ausfuhr offen standen.

So klar wie mir aus vorstehendem zu erhellen scheint, daß England alle Veranlassung hat, auf möglichst schleunige Ordnung seiner Devisenverhältnisse zu dringen, so sehr zweifelhaft will es mir scheinen, daß wir es ebenso eilig haben müßten. Ich glaube sogar eher, daß allzu große Eile für uns vom Uebel ist. Gewiß bedeutet die schlechte Gestaltung unserer Wechselkurse für uns eine Erschwerung unserer Nahrungsmittelversorgung. Aber weshalb sollen wir die hohen Preise nicht bezahlen? Das Volk darf allerdings von den dadurch bedingten Preiserhöhungen nicht in vollem Umfang betroffen werden. Das kann man dadurch verhindern, daß der Staat die Differenz der Valutenverteuerung trägt. Auf diesen paar hundert Millionen, um die wir auf solche Weise unsere Staatsschulden vermehren, braucht es uns im Augenblick wirklich nicht anzukommen. Dagegen erwarten uns für die Zukunft viel ernstere Probleme. Nach dem Kriege wird die Industrie sofort in erheblichem Umfange Rohstoffe brauchen. Das muß oder kann doch wenigstens zu einer weiteren Verschlechterung unserer Devisenkurse führen. Ob es dazu kommt, wird in erster Reihe davon abhängen, ob und welche Kriegsentschädigungen wir erhalten. Und wie die Zahlung für diese Kriegsentschädigungen ausfallen wird. Dann wenn wir die Gesamtverhältnisse übersehen, wird es an der Zeit sein, an eine Regulierung unserer Devisenverhältnisse zu gehen. Denn in normalen Zeiten dauernd ungünstige Devisenkurse zu übernehmen, würde in der Tat vom Uebel und sogar gefährlich sein. Dann erst, dann aber vielleicht in zwingender Weise wird es an der Zeit sein, daß der Staat die Verkäufe unseres auswärtigen Wertpapierbesitzes organisiert und lenkt. Dann wenn alle Märkte wieder frei sind, werden wir in dem Maße, wie es notwendig ist, unsern Wertpapierbesitz verkaufen. Schon jetzt steht es fest, daß die Zeit staatlicher Regulierung unserer Handelsverhältnisse nicht mit dem Frieden beendet sein wird. Gerade in der ersten Zeit des neuen friedlichen Zustandes wird der Staat wichtige Zwangsbestimmungen zu erlassen haben. In erster Linie wird er verhindern müssen, daß vom Ausland der Mangel industrieller Betätigung in Deutschland in den Anfangszeiten dadurch ausgenutzt wird, daß man unseren Markt mit fremden Fabrikaten überschwemmt. Fertige Fabrikate würden vom Ausland nur soweit eingeführt werden, als dringendes Bedürfnis dafür vorhanden ist. Gleichzeitig aber wird es die Aufgabe der Regierung sein müssen, die Einfuhr von Rohstoffen zu organisieren. Auch diese Stoffe dürfen nur nach Maßgabe des Bedürfnisses eingeführt werden. Es erscheint mir überhaupt fraglich, ob es richtig ist, beim Einkaufe dieser Stoffe den privatwirtschaftlichen freien Wettbewerb sofort wieder einsetzen zu lassen. Es dürfte sich vielmehr empfehlen, hier zunächst die zentralen Organisationen zu benutzen, die wir uns während des Krieges von Staats wegen geschaffen haben. Der freie Wettbewerb hat vor dem Zentraleinkauf, namentlich wenn er von uns gleichzeitig auch für alle unsere Verbündeten vorgenommen werden könnte, erbilligte Preise. Jede Verbilligung der Preise aber kommt nicht nur direkt unserer Industrie, sondern indirekt auch dadurch unserer Volkswirtschaft zugute.

Im Rahmen solcher Gesamtorganisationen wird es dann auch die Aufgabe des Staates sein, den Zahlungsausgleich zu überwachen. Er wird bestimmen müssen, welche Summen er in Gold zählt und in welcher Höhe er sich durch Verkauf ausländischer Wertpapiere Geldguthaben im Ausland schaffen will. Dann erst wird eine staatliche Organisation des ausländischen Wertpapierverkaufs uns vollen Nutzen bringen. Deshalb halte ich die Idee einer solchen staatlichen Organisation an und für sich für gesund und billigenswert. Nur halte ich den jetzigen Zeitpunkt für verfrüht. Lediglich die vorbereitenden Handlungen sollten jetzt schon vorgenommen werden. Vor allem die Aufnahme des Bestandes an ausländischen Wertpapieren in Deutschland. Sie könnte auch jetzt schon von Nutzen sein, denn es wäre wünschenswert, daß bereits jetzt der Staat beginnt, sich um unsere zukünftige Rohstoffversorgung zu kümmern. Und ich könnte mir denken, daß bei der Lösung dieser Aufgabe ihm schon jetzt die Wissenschaft von unserem ausländischen Wertpapierbesitz von Nutzen wäre. Denn schließlich hat der Staat ja auch andere Mittel und Wege in der Disposition für fremde Wertpapiere als bloß den Verkauf. Mittel und Wege, über die öffentlich zu sprechen jetzt nicht der geeignete Zeitpunkt zu sein scheint.

Textilwaren aus der Türkei.

Von Thilo von Westernhagen-Konstantinopel.

Neben Oelen, Getreide und Mineralien ist es vor allem die Baumwolle, deren Produktion nach dem Krieg einen großen Aufschwung in der Türkei nehmen wird. Die in der Türkei gewonnene Baumwolle wird ein großer Faktor in der Weltwirtschaft der Zukunft sein, vor allem ist sie von der höchsten Wichtigkeit für Deutschland.

Die Jahreseinfuhr Deutschlands an Baumwolle betrug im Jahre 1913 (1914 nützt uns nichts für unsere Betrachtung, da in seine zweite Hälfte bereits der Krieg fiel):

477 945 t im Werte von 607 124 000 M.

Davon führte es nach anderen Ländern weiter

48 371 t im Werte von 56 003 000 M.

Der Handel mit diesen Ländern läßt sich aller Voraussicht nach ebenfalls noch bedeutend erhöhen.

Die Baumwollspindelzahl Deutschlands betrug am 1. März

1912	1913	1914
10 598 752	10 920 426	11 404 944

Die Spindelzahl Belgiens

1 371 975	1 468 838	1 518 134

Auch in Rußland ist die Zahl der Spindeln von 8 800 000 im Jahre 1912 auf 9 111 835 im Jahre 1914 angewachsen. Der größere Teil der russischen Baumwollspinnereien liegt in Polen, das in Zukunft wohl in engerer Verbindung mit Deutschland stehen wird. Die Spindelzahl der Welt betrug 1912 139 312 870, 1914 144 704 012.

Die Ausfuhr Deutschlands an den wichtigsten Baumwollfabrikaten ist folgende:

	Tonnen	im Werte
Baumwollzwirn	4 006	29 809 000
Handschuhe	2 473	40 906 000
Strümpfe	8 267	76 595 000
Baumwollene Unterkleider	6 746	36 128 000
Baumwollene Fischernetze	865	4 907 000
Baumwollene Spitzenstoffe u. Spitzen	2 637	48 329 000
Stickereien auf baumwolleuen und wollenen usw. Untergrundstoffen	1 595	33 726 000
Treibriemen a. Baumw., Wolle usw.	1 615	5 015 000
Samt und Plüsch	895	9 323 000
Baumwollgewebe	4 333	8 621 000
Baumwollgewebe, zugerichtet	4 340	20 036 000
Baumwollgewebe, gefärbt usw.	31 863	126 040 000
Baumwollene Wirkwaren	787	5 522 000

Es ist wohl möglich, daß in Frankreich und Rußland nach dem Kriege infolge Mangels an gelernten Arbeitern und Geld die Produktion eingeschränkt wird. Die Spindelzahl in Frankreich war während der letzten drei Jahre stationär auf 7 400 000. Rußland dagegen war bis auf 9 111 835 gewachsen.

Auch England, dessen Spindelzahl nur von 55 164 794 im Jahre 1912 auf 55 971 501 im Jahre 1914 angewachsen war, wird nach dem Kriege vielleicht die Produktion ebenfalls einschränken müssen, wenn sich seine wirtschaftlichen Schwierigkeiten fortsetzen; ebenfalls wird es wohl für einige Zeit Mangel an gelernten Arbeitern haben, da gerade Lancashire ein großes Kontingent zur britischen Armee stellt.

Nach einem siegreichen Kriege werden diese beiden Mängel sich für Deutschland weniger fühlbar machen. Die Kosten des Krieges würden die Gegner tragen und Ausfälle an Menschen können infolge der Menge des Menschenmaterials schnell ausgeglichen werden.

Oesterreich war bisher mit 5 Millionen Spindeln der fünftgrößte Baumwollweber der Welt. Die Baumwollindustrie Ungarns ist noch in den Kinderschuhen, verspricht aber bei der Tatkraft der Ungaren ein schnelles Aufblühen. Ebenso wird sich nach der Befreiung vom russischen Joch die polnische Industrie schnell weiter ausbreiten.

Die Vereinigten Staaten von Amerika sind bestrebt, sich vom europäischen Markt unabhängig zu machen, und ihren Baumwollstoffbedarf selbst zu weben; das Anwachsen der Spindelzahl 1912 bis 1914 ist mit fast 2 Millionen verhältnismäßig am größten. Am 1. März 1914 gab es in den Vereinigten Staaten 31519766 Spindeln. Gleich nach Kriegsbeginn konnte ich in New York aus Unterhaltungen mit den bedeutendsten Männern der Geschäftswelt und Politik feststellen, daß der Gedanke „America to the Americans“ wieder mehr in den Vordergrund trat und feste Form anzunehmen begann. Der Transportverkehr mit Europa hatte fast ganz aufgehört und die Amerikaner blieben mit ihren unverkäuflichen Produkten hängen, vor allem der Baumwolle, so daß die Zusammengehörigkeit von Ländern ein und desselben Kontingents, selbst wenn sie noch so weit voneinander entfernt sind, auch den Amerikanern wieder deutlicher vor Augen stand.

Als besonders bedeutsamer Umstand kommt noch hinzu, daß gerade damals die Bankreform in Kraft trat, die den National-Banken gestattet, Filialen im Auslande zu errichten. Die National-City-Bank erhielt auch umgehend die Erlaubnis, Filialen in Rio, Buenos-Aires und Valpareiso zu eröffnen.

Sogleich sandten auch die Exporteure ihre Agenten nach Südamerika und richteten dort Niederlassungen ein, um möglichst schnell den südamerikanischen Markt zu erobern; ihr Hauptgegner dort ist Deutschland, dessen Ausfuhr nach Südamerika in ständigem Wachsen begriffen ist, der andere große Gegner der Vereinigten Staaten ist England, das auch politische Iteresse dort hat.

Die Gesamtausfuhr Deutschlands 1913 nach Amerika außer den Vereinigten Staaten und Kanada betrug 772,8 Mill. M. Davor waren baumwollene Webwaren 52 419 000 M.

Die Vereinigten Staaten werden nun streben, unter anderem auch besonders den Handel von Webwaren mit Südamerika an sich zu reißen. Das schnelle Anwachsen der Spindelzahl weist auf eine beabsichtigte systematische Expansion hin. Allerdings

leidet die Konkurrenzfähigkeit durch die hohen Löhne und Höhe der Gestehungskosten. Somit wird wohl in Zukunft der Export an Rohbaumwolle aus Amerika geringer werden. In Europa aber muß man trachten, sich von der Monopolstellung der Vereinigten Staaten zu befreien, denen man bis jetzt jeden Preis zahlen mußte.

Der Bedarf Europas an Rohbaumwolle kann durch die Türkei in kurzer Zeit zum größten Teil gedeckt werden. Hierzu gehört, daß ihr Anbau in großzügiger Weise in die Wege geleitet wird, Transportmittel zu Wasser und zu Lande, Bewässerungsanlagen, Versuche mit verschiedenen Samenarten und wissenschaftliche Erforschung der einzelnen Gebiete, sowie Feststellung der Produktionskosten im Vergleich zum Weltmarktpreise sind erforderlich. Man darf nicht fürchten, daß dadurch eine Ueberproduktion an Baumwolle in der Welt entstehen wird und durch Fallen der Preise die Plantagen unrentabel werden. Bei jeder Rohstofferzeugung balancieren sich Produktion, Verbrauch, Preise und Herstellungskosten stets ganz von selbst gegeneinander aus.

Es ist wichtig, daß Bremen mit Alexandrette durch seinen sicheren Landweg verbunden ist, so daß unsere Webereien auch künftig ungehindert weiterarbeiten können, wenn Baumwolle als Kontrebande erklärt und ihr Bezug zur See einmal unmöglich sein sollte.

Im Laufe der Jahre wird wohl auch in der Türkei eine Baumwollindustrie entstehen. Doch das erfordert Zeit, einmal sind hierzu durchaus erfahrene Leute nötig, die man ja aus dem Auslande kommen lassen könnte, vor allem aber eine Arbeiterschaft, die dazu erzogen ist, jeden Tag eine bestimmte Zeit zu arbeiten, und die für die Arbeit an den betreffenden Maschinen ausgebildet ist; und dazu gehört viel Zeit, man braucht nur hinüberzublicken nach Britisch-Ostindien und nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika, wie langsam sich dort die Baumwollindustrie entwickelt hat und wie diese Länder noch immer auf den Import von Webereien angewiesen sind.

Die Vereinigten Staaten führten 1913 Baumwollwaren im Werte von über 51 Mill. ℳ ein; außerdem Kleider und Putzwaren 5,4 Mill. ℳ, Stickereien auf nicht seidenem Untergrund 3,9 Mill. Mark, in beiden ist ebenfalls ein großer Prozentsatz Baumwolle verwebt, und für 8,2 Mill. ℳ wollene Kleider usw.

Der Bedarf der Türkei an Webwaren wird ständig wachsen. Wenn nach dem Kriege dem Lande eine lange Periode der Ruhe beschieden ist, die ihm Zeit läßt, alle geplanten Reformen durchzuführen, und wenn die wirtschaftliche Erschließung des Landes begonnen hat, wird die Bevölkerung um ein Bedeutendes kaufkräftiger sein als bisher, ich denke vor allem an die ländliche Bevölkerung, die die Bedürfnisse erst lernen und mit ihnen in Wechselbeziehung regere Betätigung entfalten wird.

Für die Ausrüstung des Heeres wird ein außerordentlich großer Bedarf in Stoffen eintreten, denn die Anzüge usw., die im Felde benutzt worden sind, werden stark abgenutzt sein und müssen ersetzt werden. Aber die Türkei wird auch nach dem Kriege weiter so zielbewußt, wie bisher, an der Verbesserung und Vermehrung des Heeres arbeiten.

Auch die immermehr fortschreitende Emanzipation der Frau führt dem Weber viel zahlkräftige neue Kunden zu. Nach und nach wird die europäische Damenkleidung eingeführt und sie ist naturgemäß durch die Mode einem häufigen Wechsel unterworfen. Die Türkin, die sich auch heute unter dem Schleier ihrer Schönheit und Grazie wohl bewußt ist, wird dann auch später Wert darauf legen, sich hübsch und modisch anzuziehen. Auch für die Ausstattung der Häuser wird ein dauernd sich steigernder Bedarf an Gardinen, Möbelstoffen usw. eintreten.

Es werden nach dem Friedensschluß sich viele Europäer allenthalben in der Türkei niederlassen als Kaufleute, Angestellte an den Plantagen, Lehrer usw., und sie werden ebenfalls gute Käufer sein, zumal sie wohl zum größten Teil ein sehr gutes Einkommen haben werden.

Nach dem Kriege zeigt sich also in der Türkei ein weites Feld für den Import von Webstoffen aller Art, und Deutschland, dessen Export an diesen Artikeln nach der Türkei im Jahre 1913 23,6 Mill. ℳ betrug, ist der erste Anwärter auf diesem Markt infolge seines Bündnisses mit der Türkei und des Interesses, das beide Länder daran haben, die wirtschaftlichen Wechselbeziehungen auf feste, zuverlässige Basis enger zu knüpfen.

Die französischen Banken im Kriege.

Von **Hermes.**

II.

Die Mittel, die dem Comptoir National behufs Versorgung des Diskont- und Vorschußgeschäfts zur Verfügung standen, stammten im wesentlichen aus den E i n l a g e n d e s P u b l i k u m s. Es handelte sich hierbei um sehr bedeutende Summen: erreichten doch die bei dem Institut geführten Scheckkonti und laufenden Rechnungen im Mai 1914 die stattliche Summe von 1577 Millionen Francs.

Das Vorgesagte dürfte genügen, um darzutun, wie sehr das Comptoir National unter dem Ausbruch der Feindseligkeiten zu leiden hatte, und wie stark es von ihren Wirkungen in Mitleidenschaft gezogen werden mußte. Der letzte Ausweis, den das Institut vor dem Kriege veröffentlicht hatte, datiert vom 31. Mai 1914. Wir stellen daher die Abschlußziffern für dieses Datum mit denen des laufenden Jahres in Vergleich:

Aktiva.

	31. Mai 1914	31. Mai 1915
Kasse u. Guthaben bei Banken	221 919 909	366 118 416
Portefeuille	1 106 707 034	585 164 561
Reports	66 403 328	36 329 469
Wechsel zum Inkasso . . .	121 191 794	86 450 046
Debitoren	162 066 640	129 705 362
Banken, Obligationen und andere Werte	7 123 808	6 670 778
Finanzielle Beteiligungen . .	8 940 420	8 199 537
Gedeckte Vorschüsse	188 576 995	147 767 951
Akzeptdebitoren	159 349 584	28 880 968

Passiva.

Scheck- u. Diskontorechnungen	806 451 396	626 192 038
Kreditoren	770 981 884	460 531 634
Bons mit fester Verfallzeit .	54 505 010	48 474 145
Akzepte	159 082 543	30 896 355

Wie beim Crédit Lyonnais, wenn auch in wesentlich bescheidenerem Ausmaße, zeigt sich beim Comptoir National die Tendenz, die flüssigen Mittel nach Möglichkeit zu verstärken, um gegen alle Eventualitäten gerüstet zu sein. Die Bestände des Portefeuilles zeigen eine Ermäßigung auf fast die Hälfte. Auch die Reports sind annähernd in demselben Umfange zurückgegangen. Auffallend ist die Abnahme der Akzepte, die mit 30,8 Millionen weniger als ein Fünftel der früheren Akzeptverpflichtungen ausmachen. Die gewaltige Abnahme der Scheck- und Diskontrechnungen sowie der Kreditoren um fast eine halbe Milliarde Francs beweist, wie groß das Mißtrauen des französischen Publikums gegen die Banken ist.

Eines besonderen Hinweises bedarf der Posten des Portefeuilles insofern, als er mit 585 Millionen eine Erhöhung um nicht weniger als 230 Millionen im Vergleich mit den Wechselbeständen am 31. Dezember 1914 aufweist. Damals hatte das Portefeuille einen Wert von nur 355 126 037 Francs. Da die Bank von Frankreich nur einen Teil des Portefeuilles der französischen Banken rediskontiert hat, so waren diese genötigt, die Wechsel zu behalten, ohne daß sie doch in der Lage waren, sie wegen des Moratoriums einzuziehen. Wenn dieser Posten dennoch eine so bedeutende Erhöhung aufweist, so erklärt sich dieses Anschwellen nicht etwa aus Neudiskontierungen, zu denen die französischen Banken ihrem Status nach überhaupt kaum in der Lage sein dürften, sondern aus der Tatsache, daß die vom Comptoir National übernommenen Bons der Nationalen Verteidigung unter dieser Rubrik aufgeführt werden. Es scheint sich danach um sehr große Beträge zu handeln, die die französischen Institute unter dem sanften Drucke der Regierung übernehmen mußten.

Was die Reports anbelangt, so sind sie sicherlich unter dem Einflusse der Pariser Börsenliquidation zurückgegangen. Aber ein nicht unbeträchtlicher Teil der Reports wurde auf dem Brüsseler Platze abgeschlossen und ist demgemäß notleidend.

Zu dem Kapitel Debitoren schreibt das Pariser Finanzblatt „L'Information“ folgendes:

„Die Ziffern dieses Kontos sind noch sehr hoch. Das kommt daher, daß eine Menge fälliger Kupons nicht bezahlt werden konnte. Auch haben die Schwierigkeiten, sich französische „Change“ zu verschaffen, viele Kunden verhindert, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Es handelt sich da um sichere (?) Eingänge. Aber gewisse Eingänge werden erst praktisch realisierbar, wenn die Ereignisse wieder ihren normalen Gang haben werden.“

Was die gedeckten Vorschüsse anbetrifft, so konnte deren Eintreibung nur in bescheidenem Umfange vor sich gehen. Das ist ja auch ganz natürlich. Insoweit die Deckung in hinterlegten Wertpapieren bestand, haben deren Kursrückgänge die einst vereinbarte Marge sicherlich längst aufgezehrt. In vielen Fällen wird sich die Marge sogar in einen namhaften Verlust umgewandelt haben. Noch schlimmer dürfte es um gewisse Vorschüsse stehen, die gegen Hinterlegung von Waren bewilligt worden sind. Denn die im Lande befindlichen Waren sind z. T. gewiß verdorben, während die verschifften, auf dem Wege nach Frankreich begriffenen Waren aus den bekannten Gründen ihren Bestimmungsort, wenn überhaupt, nur mit großen Verzögerungen erreicht haben.

Unter dem Gesichtspunkte der Verpflichtungen des Comptoir National ergibt sich folgendes Bild:

	31. Mai 1914	31. Mai 1915
Aktiva	Frs. 2 042 279 503	1 395 297 052
Passiva	Frs. 1 791 020 833	1 166 094 172
Ueberschuß der Aktiva	Frs. 251 258 670	229 202 880

Danach hat sich der Ueberschuß der Aktiva über die Passiva von 251 Millionen auf 229 Millionen Francs ermäßigt. Die Verminderung um 22 Millionen fällt in diesen für Frankreich so schweren Zeiten um so mehr ins Gewicht, als die Realisierung der Aktiva gegenwärtig weit schwerer durchführbar ist als in normalen Zeiten. Auf der anderen Seite sind die Verpflichtungen für die Banken heute eine gerade so schwere Last als im Frieden, weil die großen Institute unter dem Drucke der öffentlichen Meinung und behufs Aufrechterhaltung ihres bedrohten Prestige auf die Erleichterungen des Moratoriums verzichten mußten.

Auslandsspiegel.

Die Tricks des Handels der „Boches".

Man meldet uns, so lesen wir im „Petit Journal" vom 7. Dezember, daß Hunderte von deutschen Händlern und Industriellen sich gegenwärtig in den neutralen Ländern festsetzen, um ihre Geschäfte mit dem Auslande fortsetzen zu können. Ihre Taktik ist einfach: sie assozieren sich mit Kaufleuten, die schweizerischer Herkunft oder naturalisiert sind, betreiben unter deren Namen die Geschäfte und — die Sache ist fertig. Das Geld und die notwendigen Rohstoffe kommen aus Deutschland. Natürlich! Die kürzlich erfolgte Verhaftung (?) eines der Agenten der Boches-Propaganda (!) hat zu der Entdeckung einer der vervollkommnetsten geheimen Organisationen in Helvetien geführt.

Wie man weiß, sind die Deutschen Meister in der Kunst, zu lügen und zu trügen. Sollte man glauben, daß es vielen unter ihnen, trotz aller Verbote und Ueberraschungen, gelungen ist, von französischen und englischen Konsulaten Ausfuhrerlaubnisse für vorgeblich schweizerische, tatsächlich aber deutsche Waren zu erwirken?

Es muß hinzugefügt werden, daß sie Mitschuldige haben. Nicht sie, sondern Vermittler — zum größten Teil in Zürich etablierte Kaufleute — haben die betreffenden Waren unter falscher Flagge vorgelegt. Es ist notorisch, daß sich sehr bekannte Firmen dieser Stadt, gegen eine „ehrliche" Courtage, zu diesen strafbaren Kombinationen hergeben. Und man kann täglich in einem großen Hotel Zürichs jene Kaufleute mit den bewußten „Boches" beieinander sehen.

Dieser unerlaubte Handel ist bereits so vollkommen organisiert, daß man mit der Absicht umgeht, ihm eine größere Ausdehnung unmittelbar nach Beendigung der Feindseligkeiten zu geben. Deutschland weiß in der Tat sehr wohl, daß die Blockade, deren Gegenstand es jetzt ist, wenn auch zweifellos in anderer Form (!) selbst nach Unterzeichnung des Friedens aufrechterhalten werden wird. Und da Deutschland immer — wie man anerkennen muß — vorausschauend gewesen ist, so trifft es schon heute seine Vorsichtsmaßregeln. Die deutsche Regierung gibt daher den Organisatoren der Konterbande (!) und allen Schmugglern (!) ihre finanzielle und — wenn das Wort in diesem Zusammenhange nicht verletzt — ihre moralische Unterstützung.

Sie glaubt durch die Offenhaltung verschwiegener Durchgänge durch die neutralen Staaten der Einkreisung entgehen und ihre bedrohte kommerzielle Expansion retten zu können. Die Tatsache, daß sie den neutralen Vermittlerhäusern erlauben wird, Geld zu verdienen, beunruhigt sie nicht. Schon hat sie berechnet, daß der Hauptteil des Gewinns nach Deutschland zurückgeht, da ja die für den Export notwendigen Kapitalien und Rohstoffe aus Deutschland kommen.

Und die kaiserliche Regierung hat ihren Anteil, da sie ja das Recht hat, die im Auslande realisierten Gewinne zu besteuern. Demgemäß hat sie alles Interesse daran, die Unternehmungen der Händler Zürichs und anderer Orte zu begünstigen. Sie begünstigt sie sogar derart, daß sie gegenwärtig im Interesse jener Händler Waren, auf denen ein Ausfuhrverbot liegt, aus Deutschland herausläßt!

Der Markt Kleinasiens.

Unter der Ueberschrift „Der moderne Kreuzzug" schreibt René Castelneaux im „Excelsior" folgendes:

Ueber die rein historische und religiöse Rolle des alten Frankreich in der Levante wollen wir rasch hinweggehen, nicht, weil diese in den letzten Jahren etwas vernachlässigte hundertjährige Rolle keine moralische Bedeutung hat, sondern weil man ja weiß, wie heikel rein historische Ansprüche sind, wenn sie nicht mit größeren wirtschaftlichen Interessen Hand in Hand gehen. Unter diesem Gesichtspunkte ist Frankreich, namentlich in Syrien, besonders günstig gestellt. Die Kreuzzüge (!) haben zwischen unserem Lande und Kleinasien Beziehungen geschaffen, die unser großer Marseiller Hafen seither fleißig gepflegt und beträchtlich entwickelt hat.

Bis zu unseren Tagen hat sich der Handel der Levante einzig und allein über Marseille vollzogen, unter der Verwaltung der Marseiller Handelskammer, der ältesten dieser Körperschaften. Nach der Ansicht eines Syrers, des Herrn Cressaty, hat die Levante stets das Leben des Marseiller Handels dargestellt. Und wenn auch, seit der Revolution, es sich nicht mehr um ein rechtmäßiges Monopol (!) handelt, de facto besteht eine Art Monopol noch immer. Unser Land ist bei weitem der beste europäische Kunde Syriens.

Im Jahre 1912, das kein besonders günstiges Jahr war, das aber das letzte ist, für das vollständige Ziffern vorliegen, erreichte der Export nach Frankreich über die drei hauptsächlichsten Häfen — Alexandrette, Beyruth, Jaffa — 15 Millionen Francs, ein Betrag, den England, welches nur 6 Millionen in Syrien kaufte, Deutschland mit seinen Käufen von nur 1½ Millionen Francs und Oesterreich weit hinter sich läßt.

Was kauften wir denn in Syrien? Seide besonders, ferner Wolle, Baumwolle, Häute, Orangen. Dagegen erreichten unsere Verkäufe im Lande nur 7 315 000 Fr. Beyruth war unser hauptsächlichster Markt. Großbritannien, die Türkei und Oesterreich-Ungarn waren hier voran, aber wir folgten dicht hinter Oesterreich-Ungarn und übertrafen Deutschland im direkten Handel um mehrere

100 000 Francs. Wenn Oesterreich uns in gewissen Produkten verdrängt hat, so verdankt es solches zum großen Teil seinem Freihafen Triest. An dem Tage, an dem auch Marseille Freihafen würde, könnte nichts eine ähnliche Anstrengung verhindern.

In einem zeitgemäßen Briefe hat die Marseiller Handelskammer die Aufmerksamkeit des Ministers des Auswärtigen auf unsere Lage und unsere Interessen in Syrien gelenkt. Sie bittet ihn, für eine hoffentlich nicht ferne Zukunft nicht aus dem Auge zu verlieren, daß Syrien zugleich eine geographische und ökonomische Einheit darstellt, die sich vom Taurus im Norden bis zum Ende Palästinas im Süden erstreckt. Eine höchst elastische Abgrenzung kann im Osten erfolgen, in den Einöden, welche die Ruinen Palmyras einschließen, und der steinigen Wüste, wo sich der obere Euphrat schlängelt. Die besondere Lage Großbritanniens im Persischen Golf, der (Anm. d. Verf. inzwischen mißglückte) Marsch eines Expeditionskorps auf Bagdad bilden für unsere Nachbarin einen Rechtstitel, den wir nicht bestreiten können. Sobald übrigens die von Sir William Wilcocks seit Jahren geplanten Bewässerungsarbeiten den Regionen des Tigris und des unteren Euphrats ihre alte Fruchtbarkeit wiedergegeben haben werden, so wird Syrien zweifellos hieraus Nutzen ziehen.

Die Deutschen haben die Reichtümer dieser Gegenden, welche die Bagdadbahn und ihre Zweiglinien zu ihren Gunsten erschließen sollten, in ihrem vollen Werte erkannt. Namentlich in Alexandrette, das nicht nur der einzige natürliche Hafen Aleppos, sondern der einzige wirkliche Hafen der ganzen syrischen Küste ist, haben unsere unternehmenden Feinde den Bau dreier großer Bassins in Angriff genommen. Hoffen wir, einmal zu ernten, was sie gesät haben. (!)

Es ist andererseits unbestreitbar, daß die Arbeiten wegen Auffindens von Mineralien in diesen gebirgigen Gegenden nur fragmentarisch erfolgt sind. Sie haben nichtsdestoweniger zu glänzenden Hoffnungen berechtigt. Unter diesen Umständen hat es die vor mehr als drei Jahrhunderten ins Leben gerufene Handelskammer von Marseille, deren Aufgabe es ist, über die französischen Interessen im Orient zu wachen, für ihre Pflicht gehalten, an die Regierung einen Appell zugunsten Frankreichs in der Levante zu richten, durchdrungen von der Ueberzeugung, daß unsere von unbestreitbar kompetenter Seite aufgeklärten Diplomaten im Augenblick der Schlußabrechnung die hundertjährigen Rechte unseres Landes auf das gesamte Syrien geltend zu machen wissen werden. —

Mit der in diesem Aufsatze zum Ausdruck kommenden Auffassung über die Rechte Frankreichs auf Syrien steht der Verfasser nicht etwa vereinzelt da. Sie wird in Frankreich ganz allgemein geteilt. Man glaubt zu träumen, wenn man liest, wie die fähigsten Köpfe Frankreichs die Türkei mit Feder und Tinte aufteilen. Als ob die Türken nicht Franzosen und Engländer mit blutigen Köpfen heimgeschickt hätten! . . . Und da wagen es diese Tartarins, ernsthaft von den hundertjährigen Rechten Frankreichs auf das gesamte Syrien (les droits séculaires de notre pays sur la Syrie intégrale) zu sprechen. . . .

„Coming trade war".

Die Ueberzeugung, daß der gegenwärtige Krieg einen scharfen Handelskrieg gegen Deutschland und seine Verbündeten im Gefolge haben werde, hat sich bei Franzosen und Engländern bereits so weit eingenistet, daß ein sonst so angesehenes Cityblatt wie die „Morning Post" schon eine ständige Rubrik „Der kommende Handelskrieg" eingerichtet hat. In ihrer Nummer vom 23. November veröffentlicht das Blatt eine Korrespondenz aus Petersburg, der wir folgendes entnehmen:

Die Frage der Schaffung einer Organisation gegen Deutschlands kommerzielle Angriffe (!) nach dem Kriege ist nicht eine Frage der praktischen Politik in Rußland, obwohl keines der verbündeten Länder eine organisierte Verteidigung in dieser Hinsicht mehr benötigt als gerade Rußland. Aber in diesem Lande sind die Leute gewöhnt, wegen der leitenden Grundsätze des nationalen Lebens auf ihre Regierung zu blicken. Und so lange die Regierung nicht in der Lage ist, sich in der Angelegenheit zu äußern, ist eine individuelle oder gemeinsame Bemühung unter dem Publikum unmöglich. Die russische Regierung hat sich unzweifelhaft mit dieser wichtigen Frage beschäftigt, auf die ja in der Tat die Aufmerksamkeit jedes denkenden Mannes im ganzen Reiche gerichtet ist.

Die Kriegsgesetzgebung hat sich mit Einzelheiten der Frage in „wundervoll endgültiger und militärischer Form" abgefunden. Zum Beispiel werden alle im Besitze von Deutschen gewesenen Patente vom Augenblicke, in dem der Krieg ausbrach, als verfallen erklärt. Diejenigen Patente, welche der Staat für die Verwendung zu militärischen oder sonstigen staatlichen Zwecken für geeignet hält, werden Eigentum des Staates. Alle anderen werden einfach für null und nichtig erklärt. Sie sind daher zur Verfügung jedes einzelnen Russen, der sie zu gebrauchen wünscht. Alle in Rußland domizilierenden deutschen Firmen werden unter die Kontrolle von Regierungsinspektoren gestellt, die ihrerseits aus den Gewinnen (Anm. d. Verf.: und wenn keine vorhanden sind?) der Firmen bezahlt werden. Auch ist der einzige Kanal, durch den jene Firmen Geld nach außerhalb schicken können, die Staatsbank, die eine enge Kontrolle ausübt. Deutsche, die in Rußland geblieben sind, haben keinerlei Anspruch auf den vollen Genuß ihres Verdienstes, da der Grundsatz

gilt, daß der deutsche Besitzer nur auf einen durchschnittlichen (?) Lebensunterhalt ein Anrecht hat. Es gibt nicht wenige frühere Millionäre, die Besitzer deutscher Firmen oder deren Agenten und Vertreter, die seit dem Kriege gezwungen wurden, sich mit einem Einkommen von 500—600 £ p. a. zu begnügen, was in diesen Tagen der Teuerung weniger als komfortabel ist.

Solches trifft nur für diejenigen deutschen Firmen zu, welche von der Regierung aus verschiedenen Gründen ausgewählt und ermächtigt worden sind, unter der Kontrolle eines Regierungsinspektors ihre Geschäfte fortzusetzen, wobei all ihr Verdienst in die Kassen der Staatsbank geht. Die übrigen deutschen Firmen werden prompt geschlossen. Und die Polizei ist noch damit beschäftigt, die Komplikationen aufzuklären, durch welche verurteilte feindliche Firmen versucht haben, die Vorschriften durch Aushändigung ihres Besitzes an irgend einen Strohmann bis zur Beendigung des Krieges zu umgehen. Die ganze Stimmung in Rußland — und sie ist nirgends deutlicher als in der Armee und in allem, was damit zusammenhängt — ist für drastische Behandlung alles dessen, was schon von weitem nach Deutschem riecht. Aber es sind große Schwierigkeiten in bezug auf eine gleichmäßige Behandlung der Angelegenheit vorhanden — Schwierigkeiten, die sich aus der großen Anzahl deutscher und jüdischer, unter russischem Szepter geborenen Staatsangehörigen ergeben.

Einstweilen hat die Regierung auf alle bedeutenden deutschen und feindlichen Konzerne die Hand gelegt, so daß die Staatsbank im Hinblick auf die Möglichkeit von Repressalien für gewisse deutsche Drohungen bereits in starker Lage ist. Ich hatte Gelegenheit, festzustellen, wie prompt die deutsche Drohung, alles Eigentum abwesender polnischer Besitzer zu expropiieren, durch die bloße Andeutung, daß Rußland deutsches Eigentum konfiszieren würde, erwidert wurde. Eine andere, von den Russen allgemein zugegebene Schwierigkeit besteht darin, daß sie keine organisatorische Fähigkeit besitzen, und daß sie daher für ihre Großindustrie auf ausländische Führung angewiesen sind. Der Deutsche wird nicht bloß als ein verhaßter Feind abgelehnt, sondern auch aus Gründen, die seit langer Zeit offenbar wurden: der Deutsche arbeitet die Industrie in Rußland zu Tode (!); er ißt das Herz des ganzen Unternehmens auf (!) und schleppt die gesamten Ergebnisse auf deutsches Gebiet. Oder er manipuliert in anderer Weise, so daß den Russen von dem, was einst ein blühender Konzern auf russischem Boden war, die die leere Schale bleibt.

Soweit der Petersburger Berichterstatter der „Morning Post", der uns in einer weiteren Korrespondenz Mitteilungen über „Deutschlands verräterische Methoden" und „Rußlands Wünsche" in Aussicht stellt. Wir behalten uns vor, darauf gelegentlich zurückzukommen. Der oben besprochene Artikel beweist — was wir natürlich längst wußten —, daß in Rußland gegen Deutschland hauptsächlich von England gehetzt wird. Daß der Deutsche „die Industrie in Rußland zu Tode russische Industrie den Deutschen verdanke. Aber machen Sie das mal dem Korrespondenten der arbeitet", daß er „das Herz des ganzen Unternehmens aufißt", — das war bisher weder uns, noch — den Russen bekannt. Die Russen waren es gerade, die häufig anerkannt haben, wie viel die junge russische Industrie den Deutschen verdanke. Aber machen Sie das mal dem Korrespondenten der „Morning Post" klar! . . .

Revue der Presse.

Die Erhebungen des Vereins Deutscher Industrieller gewähren einen Einblick in die unterschiedliche Lage der beiden großen Produktionsgebiete in der Eisenindustrie. Nach einem Auszug in der Frankfurter Zeitung (3. Dezember) ist die

Eisenindustrie des Südwestens im Kriegsjahr 1914/15

gegenüber der Rheinland-Westfalens sehr beeinträchtigt worden; namentlich die Roheisenerzeugung, deren Rückgang in Rheinland-Westfalen nur 42,15% beträgt, ist im Südwesten mit 56,69% Rückgang gegenüber dem Vorjahr sehr erheblich vermindert worden. Noch ungünstiger gestaltet sich die Produktionsänderung bei der Gußstahlerzeugung. Der Südwesten der bisher in der Erzeugung von Thomasstahlblöcken dominiert, mußte im Kriegsjahr die Führung an den Nordwesten abgeben. Es ist ganz fraglos, daß die Gründe dieses plötzlichen Gegensatzes in dem bezüglich des Kriegszustandes örtlich ungünstigen Südwesten zu suchen sind; seine Lage als Aufmarschgebiet, die in Lothringen und im Saargebiet herrschenden eigenartigen Arbeiterverhältnisse, die in dieser Zone in den ersten Kriegsmonaten nahezu stockende Zufuhr von Rohstoffen u. a. m. verursachten diese Verschiebung zuungunsten des südwestlichen Eisenindustriebezirkes. Als sich im Laufe des Krieges das Bedürfnis nach Eisen und Stahl in jeglicher Verarbeitung bemerkbar machte und sich durch das Hinübertragen des Kampfes auf feindliches Gebiet die Gesamtlage besserte, hob sich zwar auch die Produktionsziffer im Süden; das an dem Norden verlorene konnte jedoch nicht so leicht wieder gewonnen werden. Die Produktion, die Ende 1914 durchschnittlich auf 40% des Vorjahres gelangt war, steigerte sich nach Beendigung des ersten vollen Kriegsjahres auf 50—70, teilweise auch auf 80%. Zur Förderung der Eisenindustrie im Süden wird als unumgänglich notwendig die Einführung eines Aus-

nahmetarifs für Erze, Koks und Kokskohlen im Ruhr=Mosel=Saarverkehr angesehen und gefordert. — Wie wenig sich die Erfahrungen des Krieges von 1870 bei den Ländern, die wie die Schweiz in gewisse Mitleidenschaft gezogen wurden, auf den heutigen Krieg anwenden lassen, setzte nach den Neuesten Züricher Nachrichten (11. Dezember) Nationalrat Meyer in einem Vortrage im Züricher Kaufmännischen Verein auseinander. Nach ihm ist der beträchtliche

Einfluß des Krieges auf Handel und Industrie der Schweiz

der Umbildung der wirtschaftlichen Struktur des Landes zuzuschreiben. Die Schweiz ist heute allzusehr im Weltverkehr verankert. Die Abhängigkeit vom Ausland ist zu groß. Von den beiden Hauptindustrien, dem Stickerei= und dem Uhrengewerbe, gehen 94 und 98% in das Ausland. Die wichtigste wirtschaftliche Frage, die Ernährung, wurde dank dem Entgegenkommen Deutschlands und Frankreichs verhältnismäßig günstig gelöst; auch die Züricher Getreidebörse und die schweizerische Mühlenindustrie trugen zur günstigen Lösung bei. Die gesamte industrielle und gewerbliche Tätigkeit ist durch das Ausbleiben der Rohstoffe und durch die Frachtverteuerung sehr in Mitleidenschaft gezogen. Der Einfuhrtrust könne wohl günstig wirken, doch hänge die Versorgung auch noch von der Gestaltung der Transportverhältnisse ab. Auf dem Geldmarkt habe das Aufhören der Internationalität große Veränderungen herbeigerufen; namentlich der Valutamarkt sei sehr kritisch zu betrachten. Die Lateinische Münzunion habe sich als wertlos erwiesen und müsse nach dem Kriege aufgehoben werden. Eine strengere Börsenkontrolle nach dem Geiste der deutschen sei sehr zu wünschen. — Daß England sein Bestreben, den Kriegs= und Friedensbedarf vorzugsweise im Inlande zu decken, bisher noch nicht hat realisieren können, beweist die Tabelle des Berliner Tageblattes (8. Dezember) über

Großbritanniens Außenhandel.

Die Einfuhrzahlen im November weisen sogar eine Erhöhung gegenüber dem Friedensstatus auf: die Einfuhr, die im November 1913 71 732 893 £ betrug, sank allerdings im November 1914 auf 59 252 893 £ herab, um im November 1915 wieder auf 75 381 923 £ zu steigen. Die Erhöhung beträgt im letzten Monat also nahezu 4 Mill. £. Was die Ausfuhr anbelangt, so hat der November gegenüber dem Vorjahre eine Erhöhung von 11 037 547 £ aufzuweisen, ist jedoch gegen denselben Monat 1913 mit mehr als 9 Mill. £ im Rückstand. Ergibt so die Passivität der Handelsbilanz im Monat November 1915 ein Plus von 12,7 Mill. £, so kommt man zu der Berechnung, daß seit Kriegsausbruch eine Gesamtverschlechterung in Höhe von 243 Mill. £ vorhanden ist. — Die Brasilianische Bank für Deutschland hat in ihrem letzten Geschäftsbericht eine Darstellung hineinbezogen, inwieweit der Weltkrieg auf Brasilien bisher von Einfluß gewesen ist. Der Berliner Börsen=Courier (2. Dezember) gibt aus diesem Bericht einen Auszug über

Brasiliens Wirtschafts= und Finanzlage im Weltkrieg.

Danach weisen die Import= und Exportzahlen ganz gewaltige Verminderungen auf. Von 67,1 im Jahre 1913 fiel die Importziffer im Jahre 1914 auf 35,4, im ersten Halbjahr 1915 auf 12 Mill. £, der Export von 64,9 auf 46,5 im Jahre p8p4, auf 22 Mill. £ im ersten Halbjahr 191.5 Die Hauptexportartikel, Kaffee und Gummi, unterlagen infolge ihrer erzwungenen Zurückhaltung im Lande großen Preisermäßigungen. Die neue, sehr aussichtsvolle Kaffeeernte soll unter Staatshilfe Valorisationsbestrebungen den Boden ebnen; ein daraufhin erlassenes Finanzgesetz sieht eine etatsmäßige Summe von 150 Millionen Milreis für diesen Zweck vor. Von den 100 Mill. Milreis, die die Regierung bei ihrer gleich nach Kriegsausbruch vorgenommenen ungedeckten Papiergeldemission vorschußweise an Banken abgab, ist heute der größte Teil seitens der Banken wieder zurückgezahlt. Der Wechselkurs ist mit 12 d trotz des nicht besonders günstigen Goldbestandes der Konversionskasse relativ gut. Für die künftige Beurteilung der Valuta ist es von Wert, rechtzeitig an eine Sicherung zu denken; denn da der Goldbestand der Konversionskasse, der gleichsam ein Schutzwall für die Valuta war, immer mehr schmilzt, so droht der Kurs der bisherigen Beständigkeit dem der schwankenden wirtschaftlichen Konjunktur zu unterliegen. Der Rückgang der Haupteinnahmequelle, der Zölle auf etwa die Hälfte sowie des Anwachsens der inneren Schuld werden die Lage der Staatsfinanzen trotz aller Sanierungspläne vorerst noch nicht zu bessern vermögen. — Die Aktionärgewinne geben immerhin verhältnismäßig richtige Anhaltspunkte über die wirtschaftliche Lage eines Aktienunternehmens. Die Frankfurter Zeitung (3. Dezember) stellt gruppenweise eine Uebersicht über

die Dividenden der Aktiengesellschaften

des letzten Geschäftsjahres bis September 1915 auf und kommt zu dem Ergebnis, daß die Resultate gegenüber der Friedenszeit zwar durchgehends eine Verschlechterung erfahren haben, gegenüber dem Vorjahre jedoch erheblich besser sind. Während im Geschäftsjahre 1913/14 diejenigen Gesellschaften, die im September abschließen, im Gesamten 23,57 Mill. ℳ Dividende verteilten, konnten dieselben Unternehmen im Geschäftsjahr 1914/15 26,35 Mill. ℳ austeilen; der Aufstieg der Dividende von 1913/14 zu 1914/15 ist also von 5,29 auf 5,85%. Die Gründe dieses Variierens sind bekannt; im ersten Kriegsjahr starke Abschreibungen und Rückstellungen bei fast allen Gesellschaften, späterhin zum Teil trotz des Krieges recht befriedigende Verdienstmöglichkeiten. Greift man einige Gruppen heraus, so lassen sich diejenigen Betriebe, die durch und während des Krieges außerordentliche Gewinne hatten, einwandfrei feststellen. Vier Hüttenbetriebe, die insgesamt ein Kapital von

11,70 Mill. M. präsentierten, erhöhen ihre Dividende von 9,7 auf 19,5 Mill. M., Ledergewerbe von 6,5 auf 16,9, Fett- und Oelindustrie von 5,3 auf 11,8 Mill. M. In der Gruppe der Nahrungs- und Genußmittel fand bei Mühlen- und Zuckerfabriken eine Steigerung von 5,4 auf 8,9% statt. — Zwei Reichsgerichtsurteile von allgemein wirtschaftlicher Bedeutung sind kürzlich gefällt worden. Auf dem Gebiete der Privatversicherung kam die Entscheidung zustande, daß eine

Beraubungsversicherung

in die Versicherung gegen Einbruchsdiebstahl nicht eingeschlossen ist. Grundlegend für die Entscheidung war die juristisch zweifelsfreie Tatsache, daß Raub gegenüber Diebstahl als Verbrechen sui generis zu gelten hat. Nach dem vom Berliner Börsen-Courier (8. Dezember) erörterten Fall handelt es sich um die Beraubung eines Juweliergeschäfts durch einen Angestellten. Die Klägerin und Beschädigte beruft sich auf das Vorliegen einer Konkurrenz zwischen Einbruchsdiebstahl und Raub; der Täter habe den Raub nur durch Einschleichen in die Geschäftsräume und Entnahme des Schlüssels aus einer verschlossenen Tasche ausführen können. Das Oberlandesgericht Karlsruhe konnte dieser Ansicht nicht beipflichten; es führte in der Urteilsbegründung aus, daß die Absicht des Täters auf einen Raub ausging, daß der Einbruchsdiebstahl lediglich im Anschluß an die beabsichtigte und durchgeführte Straftat erfolgt sei. Die Straftat, die der Klägerin Anlaß zu Schadensersatzansprüchen gab, müsse einheitlich beurteilt werden und stelle sich von diesem Gesichtspunkte als Raub dar, gegen den eine Versicherung nicht abgeschlossen sei. In der Revisionsinstanz wurde vom Reichsgericht gleichfalls dahin entschieden. — Das Reichsgericht hat schon häufig zu den Auswüchsen im Submissionswesen Stellung nehmen müssen. Wenn auch manche Entscheidungen mit den Forderungen wirtschaftlich interessierter Kreise nicht immer in Einklang zu bringen waren, so wird doch die Beurteilung des letzten Falles auf allseitige Zustimmung stoßen. Das Berliner Tageblatt (12. Dezember) bemerkt dazu unter der Ueberschrift

Ringbildung bei Submissionen.

Sechs Maschinenfabriken kamen dahin überein, ihrem Preisangebot einen Aufschlag von je 10% als Unkostenentschädigung für die ausfallenden Firmen einzurechnen. Als die im Wettbewerb siegende Firma den Zuschlag auf ein Angebot von 90 000 M. erhielt, verlangten nunmehr die fünf anderen Firmen auf Grund ihres Abkommens die Zahlung von einstweilen der Hälfte ihrer Entschädigung, also von 5%. Das Landgericht und in der Revisionsinstanz das Reichsgericht wiesen die Klage als gegen die guten Sitten verstoßend ab. Die Begründung führte aus, daß das Vorgehen der unterlegenen Konkurrenten keinen Rechtsschutz verdiene. Dadurch, daß keine Mindestangebote in dem Abkommen getroffen wurden und somit die Gefahr unsolider Unterbietung nicht bestand, ziele das Abkommen darauf hinaus, an Personen, denen gegenüber keine Rechtspflicht dazu bestand, eine Zahlung zu machen. Die weitere Entscheidung in diesem Falle erging dahin, daß auch der Vertrag zwischen dem Uebernehmer und dem Werk als nichtig bzw. als unhaltbar erkannt wurde. Die Firma nahm das Angebot nur auf Grund der stillschweigenden Voraussetzung an, daß die Preisangebote den üblichen kaufmännischen Kalkulationen entsprächen. Das war hier nicht der Fall. Das Angebot war mit der Verpflichtung beschwert, die Konkurrenten nach Vereinbarung abzufinden. Hierin ist eine Fälschung des Verdingungsergebnisses zu blicken; dieser Täuschung könne im äußersten Falle nur nachgesehen werden, wenn das Vorgehen die Verhinderung unsolider, d. h. Unterangebote bezweckt haben würde. — Die Lohnforderungen der Zechenarbeiter (vgl. Nr. 47/48 Seite 492) haben nunmehr eine im ganzen nicht ungünstige Antwort erhalten. Die Rheinisch-Westfälische Zeitung (17. Jezember) geht auf die Stellung des Zechenverbandes zur

Lohneingabe der Bergarbeiter

näher ein. Die den Forderungen nach Lohnerhöhung zugrunde gelegte Lohnstatistik gewähre dadurch ein falsches Bild, weil aus ihr die Verschiebung in der Zusammensetzung der Belegschaften nicht ersichtlich ist. Wie sehr aber dadurch die amtliche Lohnstatistik beeinträchtigt wurde, beweist besonders die Lohnnachweisung der Harpener Bergbau-Aktien-Gesell) schaft. Danach hat sich zwar der Verdienst der Gesamtbelegschaft von Juli 1914 bis März 1915 zwar um 4 Pfennig vermindert, der Durchschnitts-Schichtverdienst des Teiles der Gesamtbelegschaft, der dem alten Stamm angehört und sowohl im Juli 1914 als auch noch im März 1915 beschäftigt war, um 36 Pfennig erhöht. Diese Lohnerhöhung, die für eine Gesamtbelegschaft von 89% in Betracht kommt, ist in der Lohnstatistik überhaupt nicht zum Ausdruck gekommen. Die Durchschnittslöhne des 3. Quartals haben, wie die amtliche Lohnstatistik nachweist, gleichfalls die Durchschnittslöhne des 1. Quartals 1915 um rund 10% überholt, die des 2. Quartals um 5%, somit war die Hälfte der in der Eingabe verlangten Teuerungszulage von 10% bereits im August d. J. erreicht. Dem Hinweis auf die außerordentlich günstige Geschäftslage vieler Werke ist die Tatsache entgegenzustellen, daß eine große Reihe von Betrieben auch mit nur sehr geringen Verdienstquoten zu rechnen hatte und schon aus dieser Ungleichheit der Einnahmen eine einheitliche Regelung für das ganze Ruhrgebiet unzulässig wäre. Immerhin dürfte die am 1. September vorgenommene Erhöhung der Kohlenpreise eine allgemeine, wenn auch in sich differenzierte Steigerung der Durchschnittslöhne herbeiführen. — Die Veröffentlichung der Berichte der russischen Kriegsindustrie weisen gleichfalls große Gewinne auf. Die Höhe des Reingewinns darf über-

raschend erscheinen; zeigt es sich doch, daß einige Unternehmen Kriegsgewinne in Höhe ihres Grundkapitals erarbeitet haben. Das Berliner Tageblatt (13. Dezember) gibt über die

Erträgnisse der russischen Kriegsindustrie

nähere Anhaltspunkte. Danach haben die im besonderen zur Kriegsindustrie zählenden mechanischen, metallurgischen und Elektrizitätsgesellschaften nicht nur ihre Reserve- und Amortisationsfonds in besonders ausgiebiger Weise bedacht, sondern sie waren auch in der Lage, ganz erheblich höhere Dividenden als in den vorhergehenden Friedensjahren auszuschütten. So konnten die Tulaer Kupferwalzwerke ihren Reingewinn auf 8,39 Mill. Rubel gegenüber 1,86 Mill. Rubel im Geschäftsjahr 1912/13 beziffern, die Nikopal-metallurgische Gesellschaft von 2,53 im Jahre 1912/13 auf 5,36 Mill. Rubel im Kriegsjahr. Die Dividendenzahlungen betrugen bei der Tulaer Gesellschaft im letzten Geschäftsjahr 34,7% gegen ungefähr 17% im Vorjahr und 11% für 1912/13. Die Maschinenbauindustrie, deren Geschäftsjahr mit dem Kalenderjahr zusammenfällt, darf schätzungsweise mit einer Gewinnerhöhung von 100% für das Jahr 1915 rechnen. So hoch auch die Gewinne der russischen Industrie sind, größere Summen für Wohltätigkeit und für die Zwecke der Allgemeinheit, etwa nach dem Vorbilde Krupps, sind, worauf auch die russische Presse mit Bedauern hinweist, bisher nicht zur Verfügung gestellt worden.

Umschau.

Amerikanische Beutejäger in Russland. Herr Dr. Jenny schreibt mir: Aus Russland kommt die Kunde, Mitglieder der Morgangruppe seien eingetroffen, um bei der Hand zu sein, flugs überall da hineinzuschlüpfen, wo sich infolge der gewaltsamen Ausmerzung deutschen Kapitals im Wirtschaftsleben Russlands ein noch warmes Nest auftut. Die smarten Yankees nehmen also die Gelegenheit wahr, sich in ein fertiges Bett zu legen. Keine Konkurrenz stört sie dabei, weil die Kapitalmärkte Europas im Kriege verbluten. Die Amerikaner werden spottbillig zu erprobt guten Unternehmungen gelangen; sie schicken sich an zu ernten, wo die Zähigkeit und der geduldige Fleiss der Deutschen gesät hat. Nicht zum ersten Mal bemühen sich die Amerikaner, in Russland Fuss zu fassen. Meist boten sie mit der Gebärde freundwilliger Biederkeit ihre Dienste an, wenn Russland krumm lag und man auf jede Willfährigkeit hoffen zu können vermeinte. So nach dem japanischen Kriege. Die Amerikaner wollten „Sibirien zum Leben erwecken". Ein Riesenbahnnetz, das bis ans Behringmeer reichen würde, sollte erstehen, die Bergschätze ausgebeutet, neue Häfen ausgebaut, ein Getreidespeichersystem über das Land gespannt werden. Doch waren die Bedingungen derart halsabschneiderisch, dass die ungebetenen Kulturpioniere sich einen Korb holten. U. a. sollten längs der Schienen beiderseits schachbrettartig abwechselnd je eine Geviertmeile samt allen Berggerechtsamen in volles Eigentum der Unternehmer übergehen. Diese Zerpflückung seiner Zukunftsentwicklung lehnte Russland, das damals auf seiner Hut war, dankbar ab. Heute nun soll der rasche Griff gelingen. Beim Zwangsausverkauf deutschen Besitzes will das Konsortium sich ins russische Geschäft setzen. Und die Russen scheinen gewillt, ihnen das Plünderungsgut billig zuzuschanzen. Hass gegen die Deutschen verblendet Russland dermassen, dass es die Gefahr nicht ahnt, in die es sich begibt. Es übersieht, dass der Unterschied zwischen den Kapitalien verschiedener Länder sich auf ganz andere Faktoren erstreckt als auf die Kursumrechnung von Rubel zu Dollar oder Mark! Die an sich tote Kapitalsubstanz wird erst beseelt durch die Psyche des Volks, das hinter ihm steht, und erhält so seinen jeweils recht scharf ausgesprochenen Charakter. Nun sticht gerade im Charakter seiner Betätigung im Auslande das deutsche Kapital fühlbar vom amerikanischen ab. Es ist individualistisch, beweglich schmiegsam; es verästelt sich über das gesamte Wirtschaftsleben in sehr zahlreichen Einzelunternehmungen überwiegend kleineren oder mittleren Umfangs, die sich willig den Landesverhältnissen einpassen und deren Leiter nur allzu leicht in der zweiten Generation im fremden Volkstum aufgehen. Wogegen das amerikanische Kapital ganz andere Artung zeigt: Es liebt es in starker Uebermacht aufzutreten, zu kompakten, unpersönlichen Konzerns zusammengeballt, die alles um sich her durch monopolistische Ausbreitung ausbeuten und niederzwängen. Es bringt seine eigenen Methoden und Leute ins erkorene Land mit, hält an ersteren starr und unerbittlich fest, während es letztere nach Bedarf auswechselt und nie heimisch werden lässt. So wächst es sich zu ungeheueren Dividendenpumpwerken zusammen, fügt sich nur schwer in die fremden Gewohnheiten und tritt mit selbstbewussten Ansprüchen recht unbequem auf. Dies ist doppelt gefährlich, da die grossen Finanzleiter dieser Riesenkonzerns daheim ihre Macht in den politischen Kreisen verankern und es von Südamerika und China her gewohnt sind, diese politische Macht aufzubieten, wenn immer ihnen solcher Beistand erwünscht erscheint. Heute ist Russland nicht mehr auf seiner Hut wie vor zehn Jahren. Es bemerkt nicht, wie gefahrvoll es ist, statt des nur auf seine Rührigkeit bauenden, verzettelt arbeitenden und bescheiden anschmiegsamen deutschen Unternehmertums die amerikanische Trustfinanz einzulasssen. Und dazu noch die Morgangruppe, die wuchtigste Kapitalverklumpung, die Amerika aufweist! Binnen wenigen Jahren wird die Vergewaltigung fühlbar werden, und die Russen werden die Deutschen zurücksehnen, über deren „übermächtige Herrschaft" (Sassilje) laut und wehleidig zu stöhnen heute zur dummen Mode geworden ist. Da sie das widerrechtlich herausgedrängte deutsche Kapital aus Eigenem nicht zu ersetzen vermögen, neuer Zustrom daher durchaus nötig erscheint, lassen sich die Russen durch die Verlockungen der Yankees betören. Diese aber wittern manchen fetten Bissen unter der Plünderungsbeute und stellen sich schon jetzt als gierig schnuppernde Hyänen des wirtschaftlichen Schlachtfelds ein. Wohl bekomm's . . . . den Russen!

mr. Gefährlicher Ausfuhrhandel. Dem deutschen Ausfuhrhandel mit Italien sind, da wir uns ja noch immer nicht mit Italien im Krieg befinden, keine aussergewöhnlichen generellen Schranken auferlegt worden. Danach ist der Handel mit Italien der besonders heiklen politischen Verhältnisse wegen nicht ohne weiteres ebenso als wie der mit einem neutralen Staate aufzufassen. Diese Tatsache kommt vor allem in dem Erlass zum Ausdruck, den der preussische Minister für Handel und Gewerbe im August 1915 an die amtlichen Handelsvertretungen richtete. Es wird in diesem Erlass ausdrücklich darauf hingewiesen, dass der Umstand, dass der Kriegszustand zwischen Deutschland und Italien noch nicht eingetreten sei, die Anwendbarkeit des § 89 des Reichsstrafgesetzbuchs selbstverständlich nicht ausschliesse. Damit ist zur Genüge gesagt, dass das Risiko für den deutschen Kaufmann, der nach Italien exportiert, ganz besonders gefährlich ist. Nach § 89 des Reichsstrafgesetzbuchs ist nicht nur der strafbar, der „einer feindlichen Macht Vorschub leistet", sondern auch derjenige, der der Kriegsmacht eines Bundesgenossen Nachteil zufügt. Dieser strafbare Tatbestand wäre mit dem Export bestimmter Waren aus Deutschland nach Italien gegeben. Es ist wohl als sicher anzunehmen, dass man bei Erlass des § 89 an den so komplizierten Fall eines Krieges zwischen zwei früheren Bundesgenossen und dem Neutralitätsverhältnis zweier ebenfalls dem früheren Bund angehöriger Staaten nicht gedacht hat. Allein die Verhältnisse liegen heute so, dass Italien für Deutschland zwar als neutraler Staat gilt, als solcher aber doch schärferen oder vorsichtigeren Massnahmen zu unterliegen verdient, als die anderen neutralen Staaten. Der preussische Handelsminister hebt ja besonders hervor, dass ein reger Handelsverkehr mit Italien auch während des Krieges von grösstem wirtschaftlichen und damit auch kriegerischen Werte ist, betont aber ebenso geflissentlich, dass dieser Verkehr ein völlig unbedenklicher sein müsse. Und hier liegt die besondere Schwierigkeit des Exporthandels mit Italien gegenüber dem nach anderen neutralen Staaten. Wann kann der deutsche Kaufmann unbekümmert um die Strafnorm des § 89 Waren nach Italien ausführen? Wann fügt er in diesem besonderen Falle der verbündeten Kriegsmacht Nachteile zu? Reichen hier die generellen Bestimmungen über den Handel mit neutralen Staaten noch aus? Oder wären nicht vielmehr für diesen besonderen Fall besondere Ausführungsbestimmungen gerechtfertigt und geboten? Wann ist z. B. eine Ware, für die kein Ausfuhrverbot besteht, geeignet, durch Export nach Italien der österreichischen Kriegsmacht Nachteile zuzufügen? Die gesonderte Regelung dieser Frage ist von so grosser praktischer Bedeutung, dass der Gesetzgeber noch entschieden Stellung dazu wird nehmen müssen.

Gedanken über den Geldmarkt.

In ruhiger Gleichmässigkeit erhält sich am Geldmarkt das Bild kraftvoller Flüssigkeit, das allmählich zum bleibenden Ausdruck unserer monetären Kriegswirtschaft geworden ist. Das Herannahen des Jahresschlusses bleibt in der Zinsentwicklung am offenen Markte fast ohne Beachtung und nur in der Gestaltung der Reichsbankziffern tritt es einigermassen in Erscheinung, indes auch hier, ohne tiefe Spuren zu hinterlassen. Die Steigerung der Anlagekonten mag nur zum kleineren Teile hiermit zusammenhängen, dagegen dürfte der gesteigerte Bedarf an Umlaufmitteln in der Hauptsache von den Bedürfnissen des Weihnachtsgeschäftes herrühren.

So wenig Bemerkenswertes die Vorgänge am Geldmarkte zurzeit bieten, so sehr ziehen die Ereignisse im Devisenverkehr in steigendem Masse das Interesse auf sich. Wenn auch nach wie vor die Ueberzeugung vorherrschend bleibt, dass der materielle Effekt im Rahmen unserer Kriegswirtschaft durchaus gering zu veranschlagen ist, so ist man sich doch bewusst, dass nichts unterlassen werden darf, was geschehen kann, um diese unerfreuliche Erscheinung zu bekämpfen. Die Frankf. Ztg. weist bei dieser Gelegenheit darauf hin, dass neben dem legalen Devisenbedarf, der durch aktuelle Warenbezüge vom Auslande besteht, auch vielfach Nachfrage für Zwecke auftritt, deren Berechtigung unter den heutigen Verhältnissen nicht rückhaltlos anerkannt werden kann. Es handelt sich da in der Hauptsache um Ankäufe von Rohstoffen zur Lieferung nach Friedensschluss, die bereits jetzt bezahlt werden, aber infolge der englischen Sperre uns erst nach dem Kriege erreichen können. Also eine Vorversorgung, die in Erwartung starker Preissteigerung dieser Produkte bereits jetzt vorgenommen wird. Solche Dispositionen mögen recht weitblickend sein und dem Sonderinteresse der einzelnen Unternehmungen gerecht werden, vom nationalen Standpunkte aus sind sie heute nicht zu billigen, da unsere Zahlungskraft im Auslande heute ungeschmälert den Bedürfnissen des Tages zugute kommen muss. Man sollte diesen Industriellen schon jetzt begreiflich machen, dass das Reich bis geraume Zeit nach Friedensschluss den Import kontingentieren und kontrollieren wird, um zu verhindern, dass die Regeneration unserer Valuta durch überstürzte Einfuhr aufgehalten wird. Ja, man müsste noch weitergehen und den „Vorsorge-Importeuren" androhen, dass die Ware bei der späteren Einfuhr zum Anschaffungspreis für allgemeine Zwecke enteignet wird, um einer Fortsetzung dieser Geschäfte entgegen zu wirken.

Vielleicht fasst man aber hiermit das ganze Problem noch nicht energisch (genug) an und geht besser dazu über, den gesamten Zahlungsverkehr ins Ausland unter Kontrolle zu nehmen und damit praktisch den gesamten Import zu überwachen, wie es ja mit dem grössten Teil des Exports schon lange geschieht. Ein derartiger Vorschlag findet sich in einer Betrachtung der „Welt am Montag" und erscheint uns in seiner Grundidee durchaus beachtenswert. Es könnte vielleicht in der Form geschehen, dass die Banken angewiesen werden, Zahlungen in das Ausland nur zu vermitteln, wenn der Auftrag von einer der Kriegbezugsorganisationen kommt oder von privater Seite, die von einer hierfür zu schaffenden Behörde eine Legitimation für diese Geldleistung an das Ausland aufweist. Die Kontrolltätigkeit dieser Behörde könnte recht einfach sein, da die Einreichung der Rechnung, des Frachtbriefes oder Konnossements schon genügen wird, die Natur des Geschäftes zu erweisen, andererseits ermöglicht aber eine solche Kontrolle, Zufuhren fernzuh a

Plutus-Merktafel.

Man notiere auf seinem Kalender vor

Mittwoch, 22. Dezember	*G.-V.:* Adler & Oppenheimer Lederfabrik, Brauerei Germania, Brauerei Büchner, Gevelsberger Brauerei, Ver. Märkische Tuchfabriken, Gebr. Heyl Akt.-Ges. Charlottenburg, Lindener Aktien-Brauerei Brande & Meyer.
Donnerstag, 23. Dezember	Ironage-Bericht. — *Bankausweise London, Paris.* — *G.-V.:* Hüttenwerke C. Wilh. Kayser.
Freitag, 24. Dezember	
Sonnabend, 25. Dezember	Weihnachtsfest.
Montag, 27. Dezember	*Reichsbankausweis.*
Dienstag, 28. Dezember	*G.-V.:* Metallindustrie Schönebeck, Metallgesellschaft Frankfurt a. M., Wittener Stahlröhrenwerke, Ver. Nord- u. Süddeutsche Pressbefefabrik Bast, Comptoir Foncier Akt.-Ges. f. Grundkredit Berlin, Akt.-Ges. f. Mineralölindustrie Berlin-Schöneberg, Samland-Bahn, Osuna-Rochela Plantagen-Ges. Hamburg, Guatemala-Plantagen-Ges., Akt.-Ges. f. Stickstoffdünger Knapsack.
Mittwoch, 29. Dezember	*G.-V.:* Waggonfabrik Herbrand, Viktoria-Brauerei Bochum, Akt.-Ges. f. Elektrizitätsanlagen Berlin, Rheinische Schuckert-Akt.-Ges., Mechanische Weberei Sorau F. A. Martin, Höfelbrauerei Düsseldorf, Bierbrauerei Gebr. Hugger, Schlossbrauerei Schöneberg, Deutsche Eisenbahn-Speisewagen-Gesellschaft, Hanseatische Plantagen-Ges. Guatemala Hamburg.
Donnerstag, 30. Dezember	Ironage-Bericht. — *Bankausweise London, Paris.* — *G.-V.:* Siemens Elektrische Betriebe, Eisenwerk Willich, Plantagen-Ges. Concepcion, Thüringische Nadel- u. Stahlwarenfabrik Wolff Knippenberg & Co. — Schluss der Einreichungsfrist Ver. Harzer Portlandcement- u. Kalkindustrie.
Freitag, 31. Dezember	Schluss der Einreichungsfrist Bayerische Brauerei Aschaffenburg. — Schluss des Bezugsrechts Salpeterwerke Augusta Victoria, Bezugsrecht Sächsische Waggonfabrik Werdau.
Sonnabend, 1. Januar	Bankausweis New York. — Neujahrstag.
Montag, 3. Januar	*Reichsbankausweis.* — *Duurings Kaffeestatistik.* — Dezember- bzw. Jahresausweis der *Grossen Berliner Strassenbahn, Allgemeine Berliner Omnibus-Gesellschaft, Elektrische Hoch- und Untergrundbahn, Hamburger Starssen-eisenbahn, Hamburg-Altonaer Centralbahn.*
Dienstag, 4. Januar	*G.-V.:* Frankfurter Bierbrauerei Henninger, Löwenbrauerei Berlin.
	Verlosungen: 26. Dezember: 2% Pariser Metr.-Eisenb. (1899). 27. Dezember: Ungarische Hypothekenbank, Conversions-Präm.-Obl. von 1906. 31. Dezember: Bevilacqua la Masa 10 Lire (1888), Braunschweiger 20 Tlr. (1868), San Marino 25 Lire (1908), Venediger 30 Lire (1869).

[1]) Die Merktafel gibt dem Wertpapierbesitzer über alle für ihn wichtigen Ereignisse der kommenden Woche Aufschluss, u. a. über Generalversammlungen, Ablauf von Bezugsrechten, Markttage, Liquidationstage und Losziehungen. Ferner finden die Interessenten darin alles verzeichnet, worauf sie an den betreffenden Tagen in den Zeitungen achten müssen. In *Kursiv*-Schrift sind diejenigen Ereignisse gesetzt, die sich auf den Tag genau nicht bestimmen lassen.

die unserem Konsum heute entbehrlich sind und vor allem Luxusartikel auszuschalten, deren Bezug unter den gegenwärtigen Verhältnissen entschieden bekämpft werden muss. Natürlich müsste die Prüfung rasch und ohne bureaukratische Engherzigkeit erfolgen, um dem legitimen Einfuhrgeschäft keine Hindernisse zu bereiten. Man würde aus diesem Grunde auch für den Grenzverkehr besondere Erleichterungen schaffen müssen, und die Kontrolltätigkeit dieses Ueberwachungsamtes bei kleineren Summen ganz ausschalten können. Selbstverständlich müssten aber auch Geldübertragungen von Privaten, die nicht Händler oder Industrielle sind, dieser Kontrolle unterliegen, um Vermögensübertragungen in das Ausland, deren Berechtigung nicht unbedingt nachgewiesen werden kann, während der Kriegszeit zu verhindern.

Der Gedanke liegt nahe, mit der Durchführung dieser Ueberwachung die Reichbank zu betrauen und noch weitergehend den Devisenhandel durch sie zu monopolisieren, indem die durch Export und auf anderem Wege im Auslande entstehenden Guthaben an sie verkauft werden müssen und andererseits die für die Einfuhr benötigten Devisen von ihr zur Verfügung gestellt werden. Einem solchen Monopol des Devisenhandels bei der Reichsbank würden aber ernste Bedenken entgegenstehen. Trotz der grossen Leistungen des Instituts, die gerade auf diesem Gebiete unter der Aera Havenstein erreicht worden sind, wird doch im Devisenhandel die Initiative der privaten Bankwelt am schwersten entbehrt werden können. Denn hier ist zur richtigen Ausbalancierung der verschiedenen Interessen jederzeit eine intensive Arbitragetätigkeit zwischen allen in Betracht kommenden fremden Plätzen erforderlich, die das Einsetzen starker Risiken und rasches Zugreifen bedingen, wie es von behördlicher Stelle, mag sie noch so sehr nach kaufmännischen Gesichtspunkten arbeiten, nicht aufgebracht werden kann. Ausserdem gelingt es den privaten Beziehungen der Bankwelt oft, unter Verhältnissen, wie den jetzigen, bei plötzlicher Anhäufung des Bedarfs während einiger Tage die Vorlage von Beträgen, deren Eingang einige Tage später in Aussicht steht, bei den auswärtigen Verbindungen zu erwirken und hierdurch den Markt in kritischen Augenblicken zu entlasten. — Schliesslich ist auch zu bedenken, dass die Reichsbank, würde sie alle entstehenden Guthaben im Auslande ständig an sich ziehen, auch die Verpflichtung übernähme, die benötigten fremden Zahlungsmittel jederzeit zur Verfügung zu stellen, was zu Goldexporten in unerwünschten Momenten führen könnte. Es liegen also Gründe genug vor, von der Idee einer monopolistischen Konzentration des Devisenhandels bei der Reichsbank abzusehen.

Justus.

Plutus-Archiv.

Neue Literatur der Volkswirtschaft und des Rechts.

(Der Herausgeber des Plutus behält sich vor, die hier aufgeführten Eingänge an Neuerscheinungen besonders zu besprechen. Vorläufig werden sie an dieser Stelle mit ausführlicher Inhaltsangabe registriert.)

(Alle in dieser Rubrik erwähnten Bücher sind von jeder Buchhandlung des In- und Auslandes, ausserdem aber auch gegen Voreinsendung des Betrages oder gegen Nachnahme von der Sortiments-Abteilung des Plutus Verlages zu beziehen.)

Inhaltsverzeichnis zum Bundes- und Reichsgesetzblatt von 1867 bis 1915, zugleich Uebersicht über das geltende Reichsrecht nach dem Stande vom 15. August 1915. Sach- und fachgemässe Zusammenstellung der geltenden, im Bundes- und Reichs-Gesetzblatt veröffentlichten Gesetze, Verordnungen, Staatsverträge u. a. Mit einem Anhang über die Kriegsgesetze und Notverordnungen und mit einem alphabetischen Sachverzeichnis. Bearbeitet von Obersteuerrat Dr. A. Dehlinger, Mitglied des K. Württ. Steuerkollegiums. Berlin, Stuttgart, Leipzig 1915. Verlag von W. Kohlhammer. Preis 1 *M.*

Organisation des Reiches. — Inneres und Wohlfahrtspflege. — Kriegswesen. — Bürgerliches Recht, Strafrecht und gerichtliches Verfahren. — Finanzwesen. — Eisenbahn, Post- und Telegraphenwesen und Kraftfahrverkehr. — Konsulatwesen. — Kolonialwesen. — Verträge und Abkommen mit auswärtigen Staaten. — Kriegs-Notgesetze und Notverordnungen von 1914 und 1915.

Der Weltkrieg und die Zukunft des deutschen Volkes. Von Dr. h. c. Karl Jentsch. 2. Auflage, Berlin 1915. Verlag von Emil Felber.

Vorwort. — Die stetige Volksvermehrung verwickelt die deutsche Landwirtschaft in einen unlösbaren Widerstreit mit den Bedürfnissen der Volksernährung, bedroht jene mit dem Untergange und treibt Deutschland in die Entwickelung zum reinen Industriestaat hinein. — Der reine Industriestaat ist kein Kulturideal. — Neben England hat kein zweiter reiner Industriestaat mehr Raum auf der Erde. — Nur Ansiedlerkolonien können uns helfen. — Unser Kolonialland liegt im Südosten. — Ein Zukunftstraum. — Das Zartum ist unser einziger Feind. — Was alles einer solchen deutschen Politik im Wege steht. — Die zwei Entweder — Oder. — Wie der Krieg die Lage geändert hat. — Ein Wort Bismarcks.

Durch Belgien. Wanderungen eines Ingenieurs vor dem Kriege Nach I. Izart, La Belgique au travail und nach anderen Quellen bearbeitet von Hanns Günther. Mit 25 Abbildungen nach Photographien und Zeichnungen sowie einer Uebersichtskarte. Stuttgart 1915. Verlag der Franck'schen Verlagsbuchhandlung. Preis geh. 3,— *M.*, geb. 4,— *M.*

Vorwort. — Einleitung. — Im Lande der schwarzen Erde. — Spaziergänge in Mons. — Im Becken von Charleroi. — Zur Naturgeschichte des belgischen Arbeiters. — In und um Lüttich. — Verwiers, die Stadt der Wolle. — Streifzüge durch Brabant. — Im Ostland: Gent. — Noch ein Stück von Flandern: Mecheln. — Das Herz des Landes: Antwerpen.

Jahresbericht des Generalverbandes ländlicher Genossenschaften für Deutschland, e. V, für 1914 und Statistik der Raiffeisenschen Genossenschaften für 1913. Berlin 1915. Verlag des Generalverbandes ländlicher Genossenschaften für Deutschland e. V. Preis 10,— *M.*

Die Entwicklung der Raiffeisen-Organisation. — Die Spar- und Darlehnskassenvereine. — Die Betriebsgenossenschaften. — Der Generalverband ländlicher Genossenschaften für Deutschland. — Die Landes- und Provinzialverbände. — Die Landwirtschaftliche Zentral-Darlehnskasse für Deutschland. — Die Zentralkassen der Betriebsgenossenschaften. — Die Tätigkeit des Generalverbandes ländlicher Genossenschaften für Deutschland im Jahre 1914. — Anhang zum Textteil. — Tabellen.

Die junge Exzellenz. Roman von Paul Oskar Höcker Berlin und Wien 1915. Verlag von Ullstein & Co. Preis 3,— *M.*

Wehe den Besiegten! Die wirtschaftliche Lage der kriegführenden Mächte. Von Adolf Sauer. Berlin 1915. Verlag von Ernst Siegfried Mittler & Sohn, Königl. Hofbuchhandlung. Preis 0,80 *M.*

Vorwort. — Einleitung. — England. — Frankreich. — Russland. — Italien. — Oesterreich-Ungarn. — Deutschland

Der landwirtschaftliche Kredit in Preussen. II. Kur- und Neumärkisches Ritterschaftliches Kreditinstitut und Neues Brandenburgisches Kreditinstitut. Von Walther v. Altrock, Doktor der Staatswissenschaften, Generalsekretär des Kgl. Landes-Oekonomie-Kollegiums, Kgl. Oekonomierat. Mit einer Einführung von Dr. Graf v. Schwerin-Löwitz, Wirkl. Geh. Rat. Berlin 1915. Verlagsbuchhandlung Paul Paray. Preis 8,— *M.*

Kur- und Neumärkisches Ritterschaftliches Kreditinstitut. — Die Errichtung und Entwicklung des Kreditinstituts. — Die geschäftliche Entwicklung. — Statistische Uebersichten. — Neues Brandenburgisches Kreditinstitut. — Einrichtung des Neuen Brandenburgischen Kreditinstitutes und ihr Ausbau. — Geschäftlicher Teil. — Statistische Uebersichten für das Neue Brandenburgische Kreditinstitut. — Sachverzeichnis.

Glaube und Vaterlandsliebe. Von Generalsuperintendenten D. Karl Klingemann. Kriegshefte aus dem Industriebezirk. Heft 10. Essen 1915. G. D. Baedeker, Verlagshandlung. Preis 0,50 *M.*

Die Mode im Spiegel des Krieges. Von Klara Sander in Köln. Kriegshefte aus dem Industriebezirk. Heft 12. Essen 1915. G. D. Baedeker, Verlagshandlung, Preis 0,50 *M.*

Generalversammlungen.

(Die erste Zahl hinter dem Namen der Gesellschaft gibt den Tag der Generalversammlung an, die zweite den Schlusstermin für die Aktienanmeldung und die dritte den Tag der Bekanntmachung im Reichsanzeiger. Der Ort ist der Generalversammlungsort. Unsere Aufstellung enthält die Generalversammlungen sämtlicher deutscher Aktiengesellschaften.)

Actien-Bierbrauerei Wittenberg A.-G., Rothemark, 29. 12., —, 14. 12. • Actienbrauerei Bavaria, Posen, 29. 12., 26. 12., 6. 12. • Actienbraurei Erfurt, Erfurt, 30. 12., 25. 12., 25. 11. • Actienbrauerei Helmbrechts A.-G., Helmbrechts, 28. 12., —, 9. 12. • A.-G. Adolf H. Neufeld Metallwarenfabrik und Emaillierwerk Elbing, München, 30. 12., 25. 12., 3. 12. • A.-G. Brunnenverwaltung der Teusser Quellen Löwenstein-Stuttgart, Stuttgart, 30. 12., —, 3. 12. • A.-G. des Altonaer Schauspielhauses, Altona, 30. 12., —, 26. 11. • A.-G. Emscherhütte, Eisengießerei und Maschinenfabrik vorm. Heinr. Harlohe i. L., Duisburg-Ruhrort, 28. 12., 22. 12., 27. 11. • A.-G. für Elektrizitäts-Anlagen, Berlin, 29. 12., 23. 12., 6. 12. • A.-G. für Mineralölindustrie Berlin-Schöneberg, Berlin, 28. 12., 21. 12., 3. 12. • A.-G. für Stickstoffdünger Knapsack, Bez. Cöln a. Rh., Frankfurt a. M., 28. 12., 24. 12., 6. 12. • A.-G. „Greifenhagener Kreisbahnen", Greifenhagen, 29. 12., 27. 12., 30. 11. • A.-G. Schloßbrauerei Schöneberg, Berlin, 29. 12., 27. 12., 8. 12. • Albert-Theater A.-G.,

Dresden, 29. 12., 24. 12., 6. 12. • Allgem. Jüd. Kolonisations-Organisation, Berlin, 26. 12., —, 16. 12. • Altenburger Viehversicherungsgesellschaft auf Gegenseitigkeit, Altenburg, 29. 12., —, 13. 12. • Annweiler Email- u. Metallwerke vorm. Franz Ullrich Söhne, Annweiler/Pfalz, 29. 12., 24. 12., 20. 11.

Bierbrauerei A.-G. vorm. Gebr. Hugger, Posen, 29. 12., 24. 12., 4. 12. • Brauerei Gebr. Lutz A.-G., Saarburg i. L., 31. 12., —, 6. 12. • Brauerei-Gesellschaft Eichbaum (vorm. Hofmann), Mannheim, 29. 12., 26. 12., 13. 12. • Brauerei Schönbeck A.-G. Berlin NW, Berlin, 29. 12., 24. 12., 30. 11. • Brauerei vorm. M. Armbruster & Co. A.-G., Offenburg, 25. 1., 20. 1., 9. 12. • Braunkohlen-Industrie- und Handelsgesellschaft i. L., Berlin, 8. 1., —, 16. 12. • Bremer Brauerei A.-G., Bremen, 30. 12., 24. 12., 4. 12. • Bürgerbräu A.-G., Lichtenfels, 27. 12., —, 3. 12. • Bürgerbräu St. Johann a. d. Saar A.-G., Saarbrücken, 5. 1., 3. 1., 6. 12. • Bürgerliches Brauhaus A.-G., Ilmenau, 29. 12., 26. 12., 13. 12. • Bürgerliches Brauhaus, Herne i. W., 30. 12., 22. 12., 4. 12. •

„Casino“ Bremen, Bremen, 30. 12., —, 6. 12. • Cellulose Fabrik, Cöln, 29. 12., 25. 12., 6. 12. • Cito-Werke A.-G. in Koeln-Klettenberg, Cöln, 4. 1., 30. 12., 3. 12. • Comptoir Foncier A.-G. für Grundkredit, Berlin, 28. 12., 24. 12., 2. 12. •

Deutsche Eisenbahn-Speisewagen-Gesellschaft, Berlin, 29. 12., 25. 12., 10. 12. • Deutsche Thermometer A.-G., Cöln, 31. 12., 25. 12., 9. 12. • Deutsche Textilwerke Mautner A.-G., Dresden, 30. 12., —, 8. 12. • Deutsch-Tripolitanische Handels-A.-G. Hamburg, Hamburg, 30. 12., 26. 12., 6. 12. • „Domus“ Grundstücks-A.-G., Berlin, 5. 1., —, 8. 12. • Dortmunder Cementwerk A.-G., Cöln, 27. 12., 24. 12., 10. 12. • Dortmunder Verkaufsverein für Ziegeleifabrikate A.-G., Dortmund, 29. 12., —, 13. 12. • Dortmunder Victoria-Brauerei A.-G., Dortmund, 8. 1., 4. 1., 13. 12.

Eisenwerk Willich A.-G. Hoerde-Dortmund, Hoerde, 30. 12., 24. 12., 4. 12. • Elektrische Kraftversorgung, Mannheim, 30. 12., —, 6. 12. • Erste Deutsche Heidekultur A.-G., Geestemünde, 8. 1., 5. 1., 13. 12. • Exportbrauerei Teufelsbrücke A.-G., Kleinflottbek in Holstein, Hamburg, 28. 12., 27. 12., 4. 12.

Feldschlößchen-Brauerei A.-G., Burg b. M., 29. 12., 25. 12., 10. 12. • Frankfurter Bierbrauerei-Gesellschaft vorm. Heinrich Henninger & Söhne, Frankfurt a. M., 4. 1., 30. 12., 9. 12.

German-American Portland Cement-Works, Marquette-Building, 28. 12., —, 6. 12. • Germania-Brauerei A.-G., Dortmund, 20. 12., 18. 12., 26. 11. • Gewerkschaft „Nanny“, Gotha, 27. 12., —, 10. 12. • Guatemala-Plantagen-Gesellschaft, Hamburg, 28. 12., 24. 12., 4. 12. • Hallesche Actien-Bierbrauerei, Halle a. S., 29. 12., 25. 12., 26. 11. • Hannoversche Eisengießerei A.-G., Anderten, 30. 12., 26. 12., 10. 12. • Hanseatische Plantagen-Gesellschaft, Guatemala-Hamburg, Hamburg, 29. 12., 28. 12., 13. 12. • Höcherlbräu A.-G. zu Culm a. N., Berlin, 8. 1., 3. 1., 13. 12.

Industriebahn A.-G., Frankfurt a. M., 31. 12., 24. 12., 3. 12. • Inselbrauerei Lindau A.-G., Lindau in Bayern, 5. 1., 1. 1., 13. 12. • Robert Jaeckel, Lagerbierbrauerei A.-G., Strehlen, 29. 12., 26. 12., 7. 12. •

Karlsruher Brauereigesellschaft vorm. K. Schrempp, Radolfszell, 30. 12., 26. 12., 1. 12. • Kleinbahn A.-G. Ellrich-Zorge, Nordhausen, 6. 1., 2. 1., 16. 12. • Kleinbahn A.-G. Putzig-Krockow, Danzig, 29. 12., 25. 12., 2. 12. • Kornbrennerei und Preßhefefabrik A.-G. i. L., Leer, 31. 12., 27. 12., 9. 12. • Kullmann & Co. A.-G., Mülhausen i. E., 29. 12., 25. 12., 29. 11.

Lahrer Brauhaus A.-G., Lahr, 8. 1., 6. 1., 8. 12. • Landauer Brauhaus A.-G., Landau/Pfalz, 29. 12., 25. 12., 9. 12. • Lederwerke vorm. Mayer, Michel & Deninger i. L., Mainz, 30. 12., —, 13. 12. • Lothringer Brauerei A.-G., Metz-Devant-les-Ponts, Ludwigshafen a. Rh., 29. 12., 24. 12., 9. 12.

Marienberger Mosaikplattenfabrik A.-G., Marienberg Sa., Hof, 30. 12., 27. 12., 6. 12. • Marmor-Industrie Kiefer A.-G. Kiefersfelden, München, 5. 1., 31. 12., 2. 12. • Maschinenfabrik Weingarten vorm. Rich. Schatz A.-G. Weingarten (Württemberg), Ravensberg, 5. 1., 1. 1., 4. 12. • Mechanische Weberei Sorau vorm. F. A. Martin & Co., Sorau Nieder-Lausitz, 29. 12., 25. 12., 6. 12. • Mech. Weberei Zell i. W., Zell i. W., 28. 12., 24. 12., 29. 11. • Metallgesellschaft, Frankfurt a. M., 28. 12., —, 13. 12. • Metallindustrie Schönebeck A.-G., Schönebeck a. E., 28. 12., 23. 12., 26. 11. • Metallwerke v. Galkowsky & Kielblock A.-G., Berlin, 29. 12., 24. 12., 8. 12. • Mittelamerikanische Plantagen A.-G., Hamburg, 4. 1., —, 16. 12., • Mittelrheinische Brauerei A.-G., Koblenz, 8. 1., 4. 1., 9. 12. • Mosbacher Actien-Brauerei vorm. Hübner, Mosbach Baden, 29. 12., —, 3. 12. • Mühlenbauanstalt und Maschinenfabrik vorm. Gebr. Seck, Dresden, 28. 12., —, 7. 12. • Münchener Trambahn A.-G. i. L., München, 28. 12., 24. 12., 3. 12.

Oletzkoer Kleinbahngesellschaft in Maggrabowa, Königsberg i. Pr., 29. 12., —, 26. 11. • Osuna-Rochela Plantagen-Gesellschaft, Hamburg, 28. 12., 24. 12., 4. 12.

Paderborner Actien-Brauerei, Paderborn, 5. 1., 4. 1., 16. 12. • Pfälzische Textilindustrie A.-G., Otterberg, 28. 12., 24. 12., 6. 12. • Plantagengesellschaft „Concepcion“, Hamburg, 30. 12., 27. 12., 8. 12. • Preußische Immobilien-Verwaltungs-A.-G., Berlin, 31. 12., —, 2. 12. • Pommersche Provinzial-Zuckersiederei, Stettin, 30. 12., 23. 12., 7. 12.

Rheinische Schuckert-Gesellschaft für elektrische Industrie A.-G., Mannheim, 29. 12., 24. 12., 8. 12.

Sächsische Turbinbau- und Maschinenfabrik A.-G. vorm. A. Kuhnert & Co., Meißen 3, Dresden, 8. 1., 5. 1., 14. 12. • Samlandbahn A.-G., Königsberg i. Pr., 28. 12., 24. 12., 3. 12. • Siegener Bankverein i. L., Siegen, 29. 12., 26. 12., 2. 12. • Schieferwerke Ausdauer A.-G. in Saalfeld a. d. Saale, Siegen, 29. 12., 27. 12., 4. 12. • Schlickum-Werke A.-G., Hamburg, 28. 12., 24. 12., 2. 12. • Schwimmanstalt A.-G., Leipzig, 28. 12., —, 6. 12. • Speicherei und Spedition A.-G. Riesa, Dresden, 27. 12., 22. 12., 1. 12. • Spinnerei und Weberei Schönau A.-G., Zell i. W., 28. 12., 24. 12., 29. 11. • Sternbräu Dettelbach, 4. 1., —, 8. 12. • Stifts-Brauerei A.-G. vorm. Eduard Frantzen und Bürgerliches Brauhaus Hoerde, Hörde, 30. 12., 30. 12., 1. 12.

Teutoburger Wald-Eisenbahn-Gesellschaft, Gütersloh, 5. 1., 1. 1., 7. 12. • Theaterbau-A.-G., Frankfurt a. M., 21. 12., —, 3. 12.

Union-Brauerei A.-G., Hamburg, 30. 12., 27. 12., 13. 12.

Vereinigte Eisenhütten- und Maschinenbau-A.-G., Barmen, 28. 12., 23. 12., 30. 11. • Vereinigte Möbelfabriken Germania A.-G., Erfurt, 30. 12., 26. 12., 8. 12. • Vereinigte Nord- und Süddeutsche Spritwerke und Preßhefefabrik Bast A.-G., Nürnberg, 28. 12., 22. 12., 30. 11. • Vereins-Brauerei Tilsit A.-G., Tilsit, 5. 1., 2. 1., 8. 12. • Vereinsbrauerei zu Döbeln, Döbeln, 29. 12., —, 13. 12. • Victoria-Brauerei A.-G., Bochum, 29. 12., 21. 12., 3. 12.

Waggonfabrik A.-G. vorm. P. Herbrand & Cie., Cöln, 29. 12., 21. 12., 4. 12. • Wittener Stahlröhrenwerke in Witten a. d. Ruhr, Düsseldorf, 28. 12., 24. 12., 1. 12. • Wohnungsbau-A.-G., Stuttgart, 8. 1., 4. 1., 6. 12.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: M. Rönner in Berlin-Schöneberg